

# Commerz

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Eingel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.  
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Zuschriften und Deklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 25.

Berlin, den 22. September 1907.

11. Jahrg.

## Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

II.

Im Jahresausgabe hatten die Verbände im letzten Jahre 36 963 413 M. Im Jahre 1905 betrug die Ausgabe 25 024 234 M., 1907 17 738 756 M. und im Jahre 1891 1 606 534 M. Pro Kopf der Mitglieder aller Verbände berechnet betragen die Jahresausgaben 1891 9,62 M., 1895 9,86 M., 1900 11,89 M., 1904 16,86 M., 1905 18,61 M. und 1906 21,88 M.

Auf die einzelnen Zweige gewerkschaftlicher Tätigkeit entfallen von den Ausgaben des letzten Jahres folgende Summen:

Es verausgabten im Jahre 1906 für:

Organisationsart	Mitglieder	Ausgaben
Aktion	65	1 820 753
Verbandsorgan	66	1 594 009
Streiks im Beruf	57	13 366 933
Streiks in anderen Berufen	53	381 470
Rechtsschutz	56	342 330
Gemeinschaftsunterstützung	46	795 209
Meißenunterstützung	46	758 222
Krankensunterstützung	43	2 053 220
Arbeitslosenunterstützung	43	3 281 741
Invalidenunterstützung	9	351 184
Beihilfe in Sterbefällen	44	416 177
Beihilfe in Notfällen	45	514 363
Unfallkosten	42	250 737
Stellenvermittlung	18	26 559
Wahlkosten	34	255 203
Sonstige Zwecke	59	3 278 041
Konferenzen u. Generalversammlungen	48	283 772
Beitrag an die Generalkommission	59	220 754
Beitrag zu international. Verbindungen	21	21 417
Beitrag an Kartelle u. Sekretariate	40	420 709
Prozesskosten	14	26 516
Gehälter	66	548 648
Verwaltungsmaterial	66	763 375

Die Ausgabe für Streiks und Aussperrungen steigt, wie nach dem Verhalten des Unternehmertums in Deutschland nicht anders zu erwarten, an erster Stelle. Aber auch die Unterstützungen an Arbeitslose und Kranke sind ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Wie sich diese Ausgaben im Laufe der Jahre erhöht haben, zeigt die folgende Kalkulation. Es verausgabten die Gewerkschaften für

	1891	1895	1900	1906	1906
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Streiks und Aussperrungen	1037789	253389	2625642	9674094	13748412
Arbeitslosenunterstützung	64200	106912	501078	1901924	2663296
Krankensunterstützung	—	454114	656026	1020689	3281741

In den 16 Jahren von 1891 bis 1906 wurden verausgabt für Rechtsschutz 1 471 246 M., Gemeinschaftsunterstützung 3 113 120 M., Meißenunterstützung 7 214 111 M., Arbeitslosenunterstützung 13 009 557 M., Krankensunterstützung 12 999 107 M., Invalidenunterstützung 1 746 196 M., Beihilfe in Not- und Sterbefällen 4 035 079 M., zusammen 43 588 416 M.; für das Verbandsorgan 10 482 357 M., zusammen für Unterstützung und das Verbandsorgan 54 070 773 M.; für Streiks und Aussperrungen 46 868 655 M. Trotz der in den letzten Jahren erfolgten gewaltigen Steigerung bleibt die Ausgabe für die wirtschaftlichen Kämpfe in dem genannten Zeitraum doch noch um 7 202 118 M. hinter der für Unterstützungen und Arbeitsmittel zurück, ein Beweis für das wachsende Wirken der Gewerkschaften und ihre Bedeutung als Bildungsanstalten.

Am Klassenstand hatten die Verbände am Schluss des Jahres 1906 die Summe von 25 312 634 M. Das sind pro Kopf der Mitglieder berechnet 14,98 M. Im Jahre 1891 betrug der Klassenstand pro Kopf der Mitglieder 2,56 M., 1895 6,96 M., 1900 11,38 M. und 1905 14,60 M. Trotz der Steigerung der Ausgaben im allgemeinen und der gewaltigen Aus-

gaben für die Streiks und Aussperrungen vermochten die Gewerkschaften ihren Widerstandsfonds noch zu erhöhen. Der Vermögensbestand ist in den Gewerkschaften äußerst verschieden. Von den 25 312 634 M. Bestand entfallen auf den Verband der Buchdrucker 5 682 986 M., der Metallarbeiter 3 564 172 M., der Maurer 3 441 416 M., der Holzarbeiter 2 334 798 M., der Zimmerer 1 322 303 M. und der Bergarbeiter 1 252 615 M. Alle anderen Organisationen haben je einen Bestand von weniger als 1 000 000 M.

Auf den Kopf der Mitglieder berechnet, hatten am Schluss des Jahres 1906 Klassenbestand in: Kart. Notenfischer 195 04, Buchdrucker (Eisf.)-Lothringens 151,26, Buchdrucker 120,50, Photographen 68,04, Formfischer 42,91, Sutmacher 41,48, Lithographen 30,08, Portefeulter 28,88, Handfischer 26,77, Zimmerer 26,16, Wildhauer 24,09, Bergarbeiter 24,08, Kupferschmiede 23,07, Zigarrenfortierer 22,58, Seelen 22,35, Schiffszimmerer 22,03, Papierer 20,88, Steinbecker 19,71, Maurer 19,42, Eisenarbeiter 18,88, Lagerhalter 18,56, Porzellanarbeiter 18,46, Läufer 15,95, Holzarbeiter 15,94, Blumenarbeiter 15,56, Sattler 13,73, Sulfateute 12,98, Kürschner 12,59, Photographen 12,46, Maler 11,97, Bauhilfsarbeiter 11,84, Schuhmacher 11,81, Bergarbeiter 11,80, Wilmann 11,50, Buchdruckerhilfsarbeiter 11,26, Metallarbeiter 11,08, Brauereiarbeiter 10,54, Hotelbdiener 10,36, Müller 10,24, Dachdecker 9,97, Schiffszimmerer 9,90, Bäcker 9,43, Bureauangestellte 9,27, Updalleure 7,92, Handels- und Transportarbeiter 7,78, Wächter 6,88, Lederarbeiter 6,84, Konditoren 6,66, Graveure 6,10, Gemeinbedarbeiter 5,79, Barbier 5,65, Glaser 5,52, Buchbinder 5,43, Gärtner 5,04, Fabrikarbeiter 4,98, Schneider 4,98, Schreiner 4,23, Schmiede 4,19, Fleischer 4,05, Fabrikarbeiter 3,78, Maschinenisten 3,34, Glasarbeiter 2,81, Wäscharbeiter 2,66, Labalarbeiter 2,65, Zerklarbeiter 1,60, Handlungsgewissen 1,59.

Daß diese Verträge sehr wechseln und die Reihenfolge der Organisationen sich in den einzelnen Jahren arg verändert, ist bei früheren Veröffentlichungen betont worden. Der Klassenbestand bei den einzelnen Organisationen am Schluss des Jahres läßt nicht in allen Fällen einen Schluss auf die finanzielle Leistungsfähigkeit zu, weil oft durch große Kosten verursachende Kämpfe der Bestand sich plötzlich verringern kann, aber in kurzer Zeit wieder auf die alte Höhe gebracht oder darüber hinaus erhöht wird.

Beständig der Unterstützungszweigen sind die Ausgaben der Verbände zu berücksichtigen, daß 1906 (resp. 1905 und 1904) zahlten: Meißenunterstützung 49 (49, 46) Verbände; Arbeitslosenunterstützung 43 (41, 38) Verbände; Krankensunterstützung 44 (40, 31) Verbände; Invalidenunterstützung 7 (6, 5) Verbände; Unterstützung in Sterbefällen 47 (43, 39) Verbände.

Die Zahl der Verbände, welche 1906 Arbeitslosenunterstützung zahlten, hat sich gegenüber 1905 um 2 vermehrt. Es handelt sich dabei jedoch nicht um Neuzugänge dieses Unterstützungszweiges, sondern darum, daß zwei Verbände (Photographen und Lithographen), die Arbeitslosenunterstützung zahlten, sich der Generalkommission angeschlossen haben und zum ersten Male in der Statistik über die Zentralverbände geführt sind. Auch in früheren Jahren ist durch den Anschluß solcher Verbände an die Generalkommission die Zahl der Organisationen mit Arbeitslosenunterstützung erhöht worden. Werden diese Einzelfälle unberücksichtigt gelassen und solche Organisationen mit zugezogen gerechnet, welche die Arbeitslosenunterstützung in dem betreffenden Jahre neu eingeführt haben, so bietet sich uns bezüglich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Zentralverbänden das folgende Bild: Es hatten Arbeitslosenunterstützung resp. 1890: Buchdrucker, Glasarbeiter, Glaser, Handfischer, Sutmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Zigarrenfortierer, zusammen 8 Verbände; 1891 (nebst den vorgenannten): Wildhauer, Brauereiarbeiter, zusammen 10 Verbände; 1892: Porzellanarbeiter, zusammen 11 Verbände; 1894: Buchbinder, zusammen 12 Verbände; 1897: Graveure, Handels- und Transportarbeiter, Konditoren, zusammen 15 Verbände; 1898: Buchdruckerhilfsarbeiter, Handlungsgewissen, Schmiede, zusammen 18 Verbände; 1899: Lithographen, zusammen 19 Verbände; 1900: Metallarbeiter, zusammen 20 Verbände; 1901: Formfischer, Müller, zusammen 22 Verbände; 1902: Bäcker, Buchdrucker (Eisf.), Maschinenisten, Notenfischer, zusammen 26 Verbände; 1903: Wächter,

Bureauangestellte, Schuhmacher, zusammen 29 Verbände; 1904: Barbier, Bergarbeiter, Gärtner, Holzarbeiter, Sattler, Labalarbeiter, Tapezierer, Vergolter, zusammen 37 Verbände; 1905: Fabrikarbeiter, Portefeulter, Schiffszimmerer, Zimmerer, zusammen 41 Verbände; 1906: Photographen, Lithographen, zusammen 43 Verbände. In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 geht die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nur langsam vor sich. In den Jahren 1893, 1895, 1896 wird in keiner Organisation dieser Unterstützungszweig eingeführt. Erst vom Jahre 1901 ab kommen die Verbände in größerer Zahl dazu, die Arbeitslosenunterstützung, als wichtiges gewerkschaftliches Kampfmittel, zur Durchführung zu bringen und es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß sie, nachdem sie sich auch bei einer Organisation des Baugewerbes, dem Verbands der Zimmerer, bewährt hat, in absehbarer Zeit in allen Verbänden eingeführt sein wird.

Die 43 Verbände, welche 1906 Arbeitslosenunterstützung zahlten, hatten zusammen 1 133 738 Mitglieder. Vorausgabt wurden insgesamt an Arbeitslosenunterstützung 2 653 296 M. oder pro Kopf der Mitglieder 2,33 M., während 1905 pro Kopf dieser Verbände 2,30 M. für diese Unterstützung gezahlt wurden. Die niedrigste Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung hatten 1906 die Bergarbeiter mit 6 Pf. pro Kopf der Mitglieder, die höchste mit 18,15 M. die Notenfischer. Hinter diesen folgen mit 12,27 M. die Lithographen, mit 11,68 M. die Wildhauer, mit 9,40 M. der Buchdrucker, mit 7,22 M. die Glaser, mit 7,21 M. die Sutmacher, mit 6,03 M. die Formfischer, mit 6,01 M. die Graveure und mit 5,09 M. die Lithographen. Bei allen anderen Organisationen blieb die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder unter 5 M. Unter der Durchschnittsausgabe von 2,33 M. pro Kopf der Mitglieder stehen die Verbände der Glasarbeiter, Handfischer, Brauereiarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Konditoren, Buchdruckerhilfsarbeiter, Handlungsgewissen, Schmiede, Metallarbeiter, Müller, Maschinenisten, Bureauangestellte, Schuhmacher, Barbier, Labalarbeiter, Bergarbeiter, Gärtner, Portefeulter, Schiffszimmerer und Zimmerer. In dem Zeitraum von 1892 bis 1906 waren die höchsten Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder berechnet im Jahre 1901. Es verausgabten in diesem Jahre pro Kopf der Mitglieder die Handfischer 20,60 M. (1906 0,97 M.), Wildhauer 19,72 M. (1906 11,68 M.), Buchdrucker 16,59 M. (1906 9,40 M.), Zigarrenfortierer 10,75 M. (1906 3,20 M.), Kupferschmiede 7,04 M. (1906 3,63 M.) und Porzellanarbeiter 6,83 M. (1906 2,41 M.). Ist diese Ausgabe auch eine gewaltige Belastung der Gewerkschaftsmitglieder, so hat sie auf der anderen Seite doch weitestgehend dazu beigetragen, der Organisation den Einfluss auf den Arbeitsmarkt zu erhalten und hat damit eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert. Die gleiche Wirkung wie die Arbeitslosenunterstützung übt auch die Meißenunterstützung aus, die von allen Organisationen gezahlt wird, die mit einem ständigen Wechsel des Arbeitsortes der Mitglieder zu rechnen haben. Die Krankensunterstützung, die als Anreiz zu dem Krankengeld, welches die Mitglieder aus der Krankenkasse erhalten, der sie nach den Gesetzesbestimmungen angehören müssen, gewährt wird, erwirkt sich dagegen mehr als eine humanitäre Einrichtung, die aber auch sehr geeignet ist, das Interesse der Mitglieder an der Organisation zu erhalten.

## Ein streng vertrauliches Diktular des Arbeitgeberverbandes.

Heidelberg, 31. August 1907.

### Einladung.

Am 6. Mai l. J. fand in Berlin eine aus allen Teilen Deutschlands zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher die Gründung eines

Zentral-Verbandes deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Fuhrwerks- und ähnlichen Gewerben beschlossen wurde. Zugleich ist die Schaffung des Zentralverbandes in einer am 2. Juni, in Halle stattgefundenen Versammlung festgestellt worden.



Die Hauptfrage wäre vor allen Dingen, ob das

Verhältnis an Droschken eintreten würde, wenn eine

Zahl aus dem Betriebe gezogen wird. Dies muß

aber entschieden verneint werden.

Man muß aber die soziale Frage außer Acht

wenden. Es ist etwas allfälliges, daß einzelne, sogar

viele Kutscher 21-36 Stunden hintereinander fahren,

Der Streik der Lagerarbeiter und Kutscher in Kiel.

V.

Der Kampf unserer „ungelehrten Arbeiter“ zeigt mit

einer Klarheit und Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig

läßt, daß hier wirklich ein Entscheidungskampf von ein-

Verein der Bau- und Holzhandwerker von Kiel und Umgebung.

An den Vorstehenden des Gewerbegerichts Herrn Stadtrat Freyde

Es war also zu erwarten, daß diese Finanzleute andere

Pläne in petto hatten und augencheinlich hofften, die lange

Dauer des Kampfes hätte die Streikenden bereits müde

Bestimmungen erledigt. Ueber den Punkt Lohnsätze war

seits der Kommissionsmitglieder der Unternehmer zu-

Die Scharfmacher auf der Höhe. Wie heute mitgeteilt

werden kann, haben über den Streik der Lagerarbeiter

Der Verein der Bau- und Holzhandwerker haben an

Welche Wechselwirkung dieser — Streik des Unter-

Resolution.

Die heute am 12. Septbr. tagende Versammlung

Das Bestreben des Arbeitgeberverbandes Kiel, den

tragen die Organisationsleistung, alle hierzu notwendig

Der Kampf geht also weiter und hoffentlich kann

Zu Uebrigen bemerkt auf dieser Kampf, daß das

Die städtischen Arbeiter und die „angebrochte Aus-

Die am 8. September 1906 zahlreich versammelten

Die weiteren Verhandlungen betrafen interne Ver-

War pousserlich und die „Arbeiterfreundlichkeit“ grell

Zur Betriebs-einstellung im Baugewerbe.

Der seit Anfang August hier herrschende Ausfall

Die Einstellung der Bunttätigkeit in Kiel würde die

Als unangebracht erachtet wir den Versuch, Ar-

Daß dem bürgerlich-kautskianischen Staat jedes Ver-

halten und wir verstehen auch, aus der Seele dieser Leute

den die angebrochte Ausperrung auf das gesamte Gewerbeleben der Stadt haben muß, in lebhaften Farben geschildert, aber mit keiner Silbe wird die Rudellosigkeit geißelt oder auch nur sanft berührt, daß es ganz unbeteiligte Bevölkerungsmassen sind, die solchermaßen unter der brutalen Willkür einiger weniger stempelnden Gewaltmenschen leiden sollen. Von den Unternehmern finden es die „Kleier N. Nachr.“ also nicht „unangebracht“, unbeteiligte Arbeiterkategorien „in die schwebenden Streitfragen zu verwickeln“, während das Blatt die Gemeindefunktionäre wegen ihres „für anständige Arbeiter ganz selbstverständlichen Beschlusses rüffelt! Das ist die Unparteilichkeit der „Kleier Neuesten Nachrichten“. — Daß die „Kleier Zeitung“, dem erst kürzlich auf den Wobden des Reichslagerverbandes herabgesunkenen Organ des hiesigen Freisinn, ob derartige Kühnheit der Gemeindefunktionäre völlig der Atem versagt, verleiht sich am Rande, und es kann sich nur ganz bekommen zu der Frage ausschlagen: (Solidaritäts-)Streik der städtischen Arbeiter? Ja, noch mehr. In der Morgenausgabe vom 18. September berichtet dieses Blatt wortgerecht:

„Die Betriebsbeschränkungen im Baugewerbe haben begonnen. Die letzte Forderung, die in den letzten Tagen vielfach durchlief, daß es doch noch gelingen werde, eine Einigung herbeizuführen und schwere wirtschaftliche Schäden nach den verschiedenen Richtungen hin abzumildern, ist selbsterlöschend. Einzelne Bauunternehmer haben schon Leute entlassen müssen; eine Firma beispielsweise 35 Mann; längere Bauhandwerker sind vielfach abgerufen, um anderswo Arbeit zu suchen. Die in den letzten Tagen stattgefundenen Verhandlungen zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes Kiel und Vertretern der hiesigen Gewerkschaften über die Beilegung der bestehenden Differenzen mit den streikenden Holzlagerarbeitern und Kutschern sind erfolglos gewesen. Eine Einigung über die Arbeitszeit und die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit war bereits erzielt. Auch hatten die Arbeitgeber, obwohl sie Anfang dieses Jahres eine Lohn-erhöhung von 5 Pf. für die Stunde bewilligt hatten, sowohl für 1908 als auch für 1909 Lohnerhöhungen zugesagt. Die Arbeiter ließen aber Donnerstag vormittag durch ihre Führer erklären, daß die Zugeständnisse nicht hinreichend seien und brachen weitere Verhandlungen ab.“

Aus hierauf eine, die oben bereits geschildert, wahrheitsgemäße Darstellung der Verhandlungen seitens der Streikleitung, unter Beifügung der Resolution der Streikversammlung vom 12. d. Mts. eingeleitet wurde, berichtete das „wahrheitsliebende“ Blatt wie folgt:

„Die streikenden Holzlagerarbeiter und Kutscher haben in ihrer Donnerstag abgehaltenen Versammlung eine Resolution angenommen, in der sie das Bestreben des Arbeitgeberverbandes, alle bestehenden Differenzen mit den Lagerarbeitern und Kutschern, den Stulleureuren und Heizungsmonteuren gemeinsam zu regeln, als „völlig unangebracht und dazu dienend, eine friedliche Vereinbarung der streikenden Parteien zu unterbinden“ bezeichnen. Die Streikenden erklärten jedoch, jederzeit zur Beilegung des jetzigen Streites bereit zu sein und beauftragten die Organisationsleitung, alle hierzu notwendigen werden Schritte und Unterhandlungen zu unternehmen.“

Von welcher wirtschaftlichen Abhängigkeit und moralischem Tiefstand zeugt doch eine derartige Berichtserstattung eines führenden Organs der Unternehmerschaft Kiel! Wäre es nicht die Moral und anständige Gesinnung auf den Kampf unserer Kollegen diesem Kampfe hervorgegangen sein! Nun, die Haltung der Streikenden und ihre Fortsetzungen beweisen, daß sie als „ungelehrte Arbeiter“ von modernem Geiste durchdrungen sind und für ihre Ueberzeugung zu kämpfen verstehen.

**Lohnbewegung in Mülhhausen i. Ch.**

Einen schönen Erfolg haben unsere hiesigen Kollegen in den Speiditionsbetrieben zu verzeichnen. Nachdem in letzter Zeit die Verwirrungen aus dieser Branche endlich in größerer Zahl den Verbande beigetreten waren, wurden auch Stimmen laut, welche das bisherige System der Entlohnung als ein unhaltbares erkannten. Wir haben bereits in Nr. 13 des „Conrter“ dieses unwürdige System der Lohnberechnung und Zahlung einer Kritik unterzogen und heute können wir uns mit Genugtuung berichten, daß es uns gelungen ist, endlich ein gerechtes Lohnzahlungssystem in dieser Branche einzuführen.

Als unsere Unternehmer gewahrt wurden, daß ihre Arbeiter und Kutscher aufgewacht sind und den Weg der Organisation beschritten hatten, sahen sie auch ein, daß es nicht mehr lange dauern würde, bis die Arbeiter wegen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgehen würden. Flugs vereinigten sie sich und — erhöhten ihre Fracht- resp. Wollgebühren um ein ganz Erledliches! Damit die Kundenschaft besser auf den Leim ging, zeigte man sich auch „humant“ und versprach seinen Kutschern und Arbeitern Lohnregulierung resp. — Lohnzulagen!

Wie diese ausfallen, sieht man aus folgendem: Die Unternehmer einigten sich, das Trinkgeld-System anzunehmen und dafür allen Kutschern 20 Mf. und den Arbeitern 18 Mf. pro Woche zu zahlen! Maßstab ein ständlicher Lohn, wenn man bedenkt, daß in allen 4 Betrieben die große Mehrzahl jahrelang, ja teilweise jahrzehntelang beschäftigt war!

Unsere Kollegen glaubten nur aber, daß die Unternehmer von den mühselos erworbenen Mehrerhalten auch einen den Verhältnissen entsprechenden Teil an sie verteilen müßten und beauftragten daher die Gewerkschaft, den Unternehmern folgenden Tarifvertrag als Forderungen zu unterbreiten:

**Lohnarif**

für die im Speiditionsbetriebe beschäftigten Kutscher und Arbeiter zu Mülhhausen i. Ch.

a) **Regelung des Lohnes.**

1. Die Kutscher erhalten einen Anfangslohn von 20 Mf. pro Woche, nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe einen solchen von 21 Mf., nach 2 Jahren 22 Mf. und nach 3 Jahren 23 Mf. pro Woche ohne jeden Abzug.

2. Arbeiter erhalten einen Lohn von 18 Mf. pro Woche (Anfangslohn), steigend wie bei den Kutschern (pro Jahr 1 Mf.) bis zum Höchstlohn von 21 Mf. pro Woche ohne jeden Abzug. Vorliegende Löhne haben rückwirkende Kraft.

3. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt an jedem Freitag.

b) **Regelung der Arbeitszeit.**

1. Die Arbeitszeit beginnt um 6 Uhr morgens und endet um 7 Uhr abends, inkl. einer Gesamtpause von 2 1/2 Stunden.

Bei vorgenannter Arbeitszeit ist für die Kutscher die Stallarbeit nicht eingerechnet, jedoch darf dieselbe des Morgens und Abends die Dauer von 1 1/2 Stunde nicht übersteigen.

2. Ueberstunden sollen möglichst vermieden werden. Falls solche dennoch gemacht werden müssen, so werden diese mit 40 Pf. pro Stunde bezahlt.

c) **Sonstige Bestimmungen.**

1. Für Ueberlandfahrten resp. bei Unfällen erhalten die Kutscher und Arbeiter pro Tag an Spesen 2 Mf. vergütet. Für Uebernachten und Sonntagsfahrten erhöhen sich vorstehende Spesen um das Doppelte.

2. Hausgegelder werden von der Firma bezahlt.

3. Anlegung des § 616 des B. G. B. I. Lohnabzüge werden nicht gemacht, wenn die Verhältnisse nicht länger als einen Tag dauern und zwar bei behördlichen und gerichtlichen Vorladungen und Terminen, familiären Vorkommnissen, Missernten, Krankheitsanfällen, öffentlichen Wahlen und Wochenfeiern.

Bei militärischen Übungen wird für verheiratete Angestellte die erste Woche der volle Lohn bezahlt. Bei ärztlich nachgewiesener Krankheit wird für die ersten beiden Wochen die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn seitens der Firma bezahlt.

4. In jedem Betriebe muß ein heizbarer Raum zur Einnahme der Mahlzeiten, sowie eine benutzbare Waschanstalt vorhanden sein.

5. Dieser Tarif gilt vom 1. August 1907 bis zum 31. Juli 1908 und muß zwecks Aufhebung 6 Wochen vor Ablauf seitens einer der Parteien gekündigt werden.

Für die Firma:

Für die Angestellten:

Für die Organisation:

Dieser Tarif wurde den 4 Unternehmern am 4. 8. cr. zugestellt mit dem höchsten Entsch. sich binnen drei Tagen hierzu zu äußern. Prompt erfolgte dann auch am 6. 8. cr. nachfolgendes Schreiben:

An den Zentralverband der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter

Erfurt.

Auf an uns gerichtete Schreiben erlauben uns Ihnen zu erwidern, daß wir bereits am 1. August eine Vereinbarung über Löhne mit unseren Leuten vereinbart haben.

Hochachtungsvoll

Die vereinigten Speiditeure:

A. Wald sen., August Führ., Chr. Kirchmann, Aug. Helbing.

Mit dieser Antwort konnten und wollten sich unsere Kollegen nicht zufrieden geben, war doch die erwähnte „Vereinbarung“ nichts anderes als die Zulage zu den bereits oben angeführten Löhnen! In einer stark beängstigten Versammlung wurde Johann der Gauleiter beauftragt, nachmals persönlich bei den Unternehmern eine Verbesserung zu fordern. Auf Vorschlag eines Unternehmers sollte hierauf eine gemeinsame Aussprache aller beteiligten Unternehmer und dem Kollegen Anders stattfinden. Leider erklärten sich nur zwei Firmen (A. Wald sen. und Chr. Kirchmann) damit einverstanden, wogegen die Firma Führ jede Verhandlung ablehnte und Herr Helbing mußte verzeihen!

Somit wurden die Verhandlungen dann mit den beiden erlgenannten Firmen allein geführt und nach ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen, in denen seitens der Unternehmer das alte Lied vom „Betrieb verkaufen“ zum besten gegeben wurde, gelang es, die beiden Firmen zur vollen Anerkennung der Forderungen zu bewegen. Der Tarif wurde von beiden Firmen unterschrieben anerkannt. Trotzdem der Gauleiter nochmals versuchte, nun auch die beiden anderen Firmen zur Anerkennung zu gewinnen, war dieses erst nicht möglich. Nachdem jedoch die Kollegen in diesen Betrieben zeigten, daß sie nicht abgeneigt sind, ihren Forderungen auch den notwendigen Nachdruck zu geben, wurde dann auch bei der Firma Helbing eine Einigung erzielt auf der Basis, daß alle Angestellten durchweg 20 Mf. ohne Abzug erhalten. Bei der Firma Führ mußten erst die Kollegen die Arbeit ruhen lassen; jedoch schon nach wenigen Minuten erklärte sich auch dieser Herr bereit, die bei Helbing festgelegten Vereinbarungen zu bewilligen!

Somit war dieser Kampf, der erste, den unsere hiesigen Speiditionskutscher und Arbeiter geführt haben, mit einem ganz anscheinlichen Erfolge beendet.

Wohl ist uns allen klar, daß noch lange nicht alle Wünsche seitens der Unternehmer berücksichtigt worden sind, jedoch werden die Kollegen dafür sorgen, daß auch für die Zukunft die Organisation am Platze ausgebaut wird.

Dem, Kollegen, nur durch und mit unserem Verbände sind wir in der Lage, für Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

**Der Streik der Kutscher und Arbeiter in den Schneidemühlen und auf den Holzplätzen in Tilsit**

II.

Ist mit einem Erfolge für die Kollegen beendet. Nachdem alle Versuche der Arbeiter, eine direkte Verhandlung mit den Arbeitgebern herbeizuführen, selbsterlöschend, wurde das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen. Die Arbeitgeber hatten inzwischen nun wohl eingesehen, daß den Arbeitern dies Festhalten an den gestellten Forderungen ernst war und ließen sich folgedessen zu Verhandlungen herbei; nur sollte sein anderer als ihre bisherigen Arbeiter bei den Verhandlungen sein. Die Kollegen hatten zunächst noch den Kollegen Hahlbeck mit als Vertreter bestellt, um nicht die Verhandlungen scheitern zu lassen, mußten sie aber auf dessen Vertretung verzichten. Die Arbeitgeber gingen sogar noch weiter, Hahlbeck durfte auch nicht als Zuhörer anwesend sein.

In den Verhandlungen, welche am 2. und 3. d. Mts. stattfanden, ist nun die nachstehende Einigung zustande gekommen:

**Gewerbegericht zu Tilsit**

Von den ausständigen Arbeitern folgender Firmen: Marcus Laafer, Michaelis Laafer, Louis Laafer, Eugen Laafer und G. Schmidt, sämtlich zu Splittler, sowie Grubert u. Rummel, Gnylav Gebauer und H. J. Wasbüttel, lebende drei zu Tilsit, ist das hiesige Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden; das Gleiche haben demnach auch die beteiligten Arbeitgeber getan.

Nach mehrstündigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt in dessen Sitzungen am 2. und 3. September 1907, an denen teilgenommen haben

- der Stadtrat Hofbe als Vorsitzender,
- der Rentier Paulini aus Tilsit als Vertrauensmann der Arbeitgeber,
- der Buchbinder Demke aus Tilsit als Vertrauensmann der Arbeiter;

haben sich die streikenden Teile und zwar die Arbeiter vertreten durch — die Arbeiter Michael Walter aus Tilsit, Christoph Paulat aus Splittler und Adolf Mariensfeld aus Splittler, die Arbeitgeber vertreten die Fabrikbesitzer Ernst Schmidt aus Splittler, Eugen Laafer aus Splittler und den Kaufmann Rummel aus Tilsit — über die zwischen ihnen streitigen Punkte geeinigt, wie folgt:

1. Den Plagarbeitern wird in den Sommermonaten, d. h. in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober eines jeden Jahres, ein Arbeitslohn von 30 — dreißig — Pfennig für die Stunde, in den übrigen fünf Monaten des Jahres aber ein Lohn von 25 — fünfundzwanzig — Pfennig für die Stunde gezahlt.
2. Bei Ueberstunden, die an Werktagen von 8 Uhr abends geleistet werden, wird ein Lohnzuschlag von 5 — fünf — Pfennig für jede Stunde gezahlt; nach 8 Uhr abends, sowie an Sonntagen und Festtagen beträgt der Lohnzuschlag 10 — zehn — Pfennig für jede Ueberstunde, die in vollen Schichten geleistet wird.
3. Der Wochenlohn der Kutscher beträgt in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 18 — achtzehn — in den übrigen Monaten 16 — sechzehn — Mark.
4. Die Mühlenarbeiter erhalten den festgesetzten Stundenlohn entsprechend den von ihnen geleisteten Arbeitsstunden.
5. Bei dem bisher üblich gewesenem Arbeitsschlusse an den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten behält es sein Bestehen; an Sonnabenden endet die Arbeit der Plagarbeiter um 5 1/2 Uhr nachmittags, und zwar unter Wegfall der Wesperrunde.
6. Die Festsetzung des Tages der Lohnzahlung bleibt besonderer Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern der einzelnen Betriebe vorbehalten.
7. Durch die vorstehenden Vereinbarungen wird die Vereinbarung von Arbeitsordnungen nicht ausgeschlossen. Solche sollen mit den Mühlen-, Schneidemühl- und Holzplätzen auch mit den Plagarbeitern vereinbart werden, und zwecks Beratung über die Lohnsätze für jeden der beteiligten Betriebe, besonders, aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehende Kommissionen nach näherer Bestimmung der in dem Protokolle des Einigungsamtes vom 3. September 1907 getroffenen Vereinbarungen zusammenzutreten, die über das Ergebnis ihrer Verhandlungen zwecks Prüfung und Beurkundung der zu treffenden besonderen Bestimmungen dem Einigungsamt bis zum 14. September 1907 Anzeige erstatten werden.
8. Die Arbeiter nehmen die Arbeit unverzüglich in sämtlichen Betrieben wieder auf; sie verpflichten, bis spätestens Mittwoch, den 11. September 1907, in genügender Anzahl sich an ihren bisherigen Betriebsstätten wieder einzufinden, so daß dann der Betrieb in ordnungsgemäßer Weise wieder aufgenommen werden kann; die Arbeitgeber sind

nicht gefallen, solche Arbeiter wieder einzustellen, die sich erst nach Ablauf dieser Frist melden.

Mitt, den 3. September 1907.

gez. Hofbe. Paulini. Demke.  
gez. Paulau. Marienseld.

gez. C. Schmidt. E. Schmidt. Hermann Nimmel.  
Eugen Laaser.

Durch diese Vereinbarung haben die Arbeiter nun eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde erreicht; ebenfalls wird jetzt für die Ueberstunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeit ein Aufschlag von 5 bzw. 10 Pf. gezahlt; für die Kutscher beträgt die Erhöhung 2 Pf. pro Woche.

Mit dieser Bewegung ist nun der Anfang gemacht, diesen Arbeitgebern im äußersten Osten zu zeigen, daß sie ihre Arbeiter nicht weiter als willkürliche Sklaven behandeln können, sondern daß die Arbeiter ein Recht haben, bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden.

An den Kollegen liegt es nun, ihre Organisation beratlich anzubahnen, vor allem den letzten dort beschäftigten Arbeiter in den Verband hineinzubringen, um den jetzt noch immer recht niedrigen Lohn auf die Höhe zu bringen, wozu die Kollegen in anderen Orten ihn kraft ihres Zusammenhaltens schon längst gebracht haben.

### Lohnbewegung der Hausdiener, Kutscher usw. aus den Berliner Kauf- und Warenhäusern.

Am Dienstag, den 10. September 07, fand im großen Saal bei Keller, Neue Philharmonie, Adre- nidenstraße, eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Hausdiener, Kutscher, Nachfahrer, Schaffner, Fahrstuhlführer und Portiers aus den Berliner Kauf- und Warenhäusern statt, um Stellung zu dem von der Tarifkommission ausgearbeiteten Tarifvertrag zu nehmen. Der Kollege, welcher Bericht erstattete, erläuterte in eingehender Weise die einzelnen Paragraphen des Tarifs und fand mit seinen Ausführungen allgemeinen Beifall. Nach längerer Diskussion wurde die Ortsverwaltung 1 beauftragt, den von der Versammlung einstimmig angenommenen Tarifvertrag allen Inhabern der Berliner Kauf- und Warenhäuser zu unterbreiten. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, sich mit dem Vorstand des Verbandes deutscher Kauf- und Warenhäuser zwecks eult. Verhandlung über den eingereichten Tarif in Verbindung zu setzen.

Zu scharfen Beurteilungen des Verhaltens der Selben kam es aus dem Grunde, daß in allen früheren von uns einberufenen Versammlungen die Vertreter und Vorstandsmitglieder der Geschäftsbienner- und Kutscher-Vereinigung nicht weit genug den Mund aufreihen konnten über die berechtigten Forderungen, andererseits erklärten, daß die Zentralverbände gar nicht stark genug seien und die Mitglieder der Geben-Vereinigung die ersten sein werden, welche in den evtl. Streit zur Durchföhrung der so richtig gehaltenen Forderungen treten. Nun, wir haben in der sachlichen Ausarbeitung des Tarifs uns durch das Gedröck nicht lären lassen, wußten wir doch im voraus, daß alles nur Komödie und Strohfener war. Unserer Einladung zu der beschlußfassenden Versammlung waren diese andauerndinteressierten Versammlung-organisatorvertreter fern geblieben; es wurde ihrerseits förmlich ein Vorstandsbeschuß verbeigeföhrt, daß wegen Mangel an Geld eine Beteiligung ihrer Mitglieder an der Bewegung nicht zulässig sei, und deshalb auch die Vollständigkeit zum Teil der weiteren Versammlungen nicht mehr vorhanden wäre. Diese Vertreter einer Vereinigung, welche eine Kampforganisation sein will, haben ihre in den Warenhäusern beschäftigten Mitglieder händchen im Stich gelassen und seine verraten. Es wird daher Aufgabe des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes sein, sich dieser Kollegen anzuschließen und ihnen denjenigen Schutz anzubieten zu lassen, den Saad und Genossen mit Mühsal auf das Unternehmertum verlagern mußten. Allerdings, es dient ja auch den Mitgliedern aus der Niederwallstraße mehr zum Vorteil, wenn der Vorstand hinter dem Rücken der Mitglieder sich mit den Christlich-sozialen in Verbindung setzt, um das Geld der Mitglieder in einem ausschließlichen Kampf bei den kommenden Gewerbegerichts- und Krankeassenwahlen zu verputzen; oder sollte der Reichsverband jetzt in Aktion treten?

### Aus unserem Beruf. Bierfahrer.

Wienburg i. B. Daß es schon lange höchste Zeit für die hiesigen Kutscher und Fuhrleute ist, sich einmal energisch auszusprechen und geschlossenen für Verbesserung der ebenen Verhältnisse ihres Berufes einzutreten, wenn ihnen ihr Leben doch lieber ist als der Gesichts des Unternehmers, beweist wieder einmal recht deutlich ein hier vorgekommener Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Dem allgemein üblichen Unternehmerrundschaf, Arbeitstiere sehr zu schonen und mit dem übrigen Material recht zu sparen, dagegen die menschlichen Arbeitstiere desto kräftiger auszubilden, weil deren Neuananschaffung nichts kostet, huldigt auch die hiesige Brauerei Armbrüster in ganz unheimlicher Weise. Sind doch in diesem Betriebe 26 Pferde und dazu ganze 8 (acht) Kutscher. Da aber ein wackerer Unternehmer niemals verlegen ist, aus allem möglichst viel Profit herauszuschlagen, so kommt auch diese Brauerei mit Belchigkeit über

diesen Umstand hinweg. Sie läßt einfach die von einer Tour zurückkommenden Pferde in den Stall bringen, damit sich dieselben ausruhen können, während der staufer, meistens ohne jede Unterbrechung, ein neues Gespann übernehmen und damit eine neue, manchmal einige Tagereisen weite Tour antreten muß. Diesem System und der weiteren Sparwelt der Brauerei fiel nun in letzter Zeit auch der allgemein bekannte und geachtete Kollege Eilich zum Opfer. Derselbe mußte nach einer von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr nachts währenden Sonntagsdrosche (selbstverständlich ohne Bezahlung) am Montag früh 5 Uhr wieder seinen Dienst antreten, um seine gewöhnlichen Föhren zu leisten. Als er dann um 3 Uhr nachmittags zurückkam, mußte er um 1/2 Uhr schon wieder zu einer Tag- und Nacht währenden Tour nach dem 10 bis 11 Begruben entsetzten Wolsch antreten. Auf dem Rückwege, Dienstag nachts 10 Uhr, kurz am Ende von Ostenburg, nach 41 Stundeniger ununterbrochener Tätigkeit des Kollegen Eilich, brach der schon längere Zeit schabhafte (nach Aussage glaubwürdiger Zeugen), aber nach der Ansicht des allmächtigen Brauereibesizers noch nicht reparaturbedürftige Fuhrtritt des Wagens, so daß Eilich herunterfiel, mittags 12 1/2 Uhr, seinen schweren Verletzungen erlag. Die Firma glaubt nun in diesem Falle ein durch ihre Ausbeutungs- und Sparwelt vernichtetes Menschenleben mit einem gnädigen Geschenk von 50 Mt. an die Hinterbliebenen und einen schönen Andenk- geldstückchen zu haben, aber an dem elenden, verwerflichen, einzig schuldigen System wird nichts geändert, weil sonst der bellige Vorritt der Aktionäre etwas geringer werden könnte. Es wäre deshalb Pflicht der Behörden und der Berufsvereinigungen, bei solchen Unfällen etwas energischer nach dem wahren Schuldigen zu suchen, um denselben einer nur zu gerechten Bestrafung zu überliefern. Aber der aufgeregte, denkende und sehende Arbeiter weiß ganz genau, was er von dieser Seite zu erwarten hat, daß es nur ein Mittel gibt, diese erbärmlichen Zustände aus der Welt zu schaffen, und das ist die Selbsthilfe in einer festen, geschlossenen, kräftigen Organisation. Darum, Osenburger Kutscher und Fuhrleute, erwacht auch ihr endlich einmal aus euren bisherigen Schlaf, schließt euch alle dem hier bestehenden Deutschen Transportarbeiter-Verband an, bestt euren Brüdern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen, wenn ihr nicht wollt, daß auch euch vielleicht einmal ein ähnliches wie das oben geschilderte Schicksal ereicht, und eure Familie dann in Not und Elend zurückbleibt.

### Droschkenführer.

Ein vielseitiger Föhrer. Im „Donner General-Anzeiger“ befindet sich nachstehende Anzeige:

#### Chauffeur- und Diener-Gesuch.

Junger Mann — nicht unter 18 Jahren — der Lust hat

Chauffeur

zu werden, oder dieses ist, lübel als solcher und als

Diener

bei kleiner latb. Herrschaft in Godesberg baldigt angenehme Stellung. Er muß Köchin in allen häuslichen Arbeiten unterstützen. Nur solche mit besten Zeugnissen wollen diese nebst Gehaltsantrag unter D. F. 445 an die Expedition des Gen.-Anz. einfinden.

Föhrer, Diener, Gärtner und Küchenjunge! Es ist etwas viel, was die kleine latb. Herrschaft in Godesberg da verlangt. Da nun ein Mensch doch seine Grenzen in seinen Leistungen hat, so fürchten wir, daß der junge Mann von jedem ein Viertel sein wird, und offen gestanden, mit Viertheilern sind wir nicht recht einverstanden. Es gibt schon genug unzureichende Föhrer; sie durch Vereingung zu verbessern, halten wir nicht für gut und wir glauben auch, der kleinen Godesberger Herrschaft anraten zu müssen, lieber nicht mit dem Auto zu fahren, als mit einem solchen unzureichenden Föhrer. Sie könnte sonst noch weiter zerleiniert werden.

Wenn aber die stolzhölische Herrschaft nicht allzu sehr auf Religion steht, kann ihr geholfen werden, wenn sie nachfolgende Annonce aus der „Automobilwelt“ berücksichtigt:

#### Beschreibener

intell. Chauffeur, 25 J., behördlich geprüft, gute Privatzeugnisse, sucht Stelle. sein Schüler. Jede Nebenarbeit mit verrichtend, auf Wunsch Probezeit. Gehalt ganz bescheiden. Auf selbständiges Aufnahmhalten und Fahren wird Wert gelegt. Gest. Orienien unter „D. V. 3185“ an Rudolf Wölfe. Dresden erbeiden.

Schöne Seelen finden sich schließlich immer. Noch ist der alte ererbte Stavenismus leider selbst bei den „modernsten“ Arbeitern reg.

Berlin. Es ist erst kurze Zeit her, daß wir über den Fabrikdröcker Fallenberg berichteten, welcher das Aufgeben der Droschkenföhren in großem Maßstabe betreibt. Um denselben das Handwerk zu legen, war von verschiedenen Kollegen Strafvertrage wegen Betruges gegen denselben gestellt worden. Auf die betreffende Anzeige haben einige unserer Kollegen von dem ersten Antrittsamt des k. d. Amtsgerichts zu Charlottenburg folgenden Bescheid erhalten: „Auf Ihre Anzeige vom 28. Juni 1907 gegen den Elektrolehner Mag Fallenberg wegen Betruges,

erhalten Sie zum Bescheide, daß ich das Verfahren gegen den Beschuldigten Fallenberg hierdurch einstelle, da derselbe sich latb. ärztlichen Gutachten bei Beachtung der Lat in einem Zustand krankhafter Geistesförmung befindet und somit gemäß § 51 Strafgesetzbuches nicht bestraft werden kann.“

Demgemäß kann also Fallenberg sein verbrecherisches Treiben getrost fortsetzen, ohne daß ihm jemals was passieren könnte, oder es müßte gerade konstatiert werden, daß er sich nicht in einem Zustand krankhafter Geistesförmung befindet hat; wie man dies konstataieren lassen kann, das müßen die Güter wissen.

Uns will dieses ärztliche Gutachten nicht recht einleuchten; denn nachdem diese Bescheide an unsere Kollegen ergangen sind, hat Fallenberg sich schon wieder einige als Opfer erfahren, um sie nach alten Regeln der Kunst zu erschöpfen. Wenn er sich also bei allen den Fällen, welche auf sein Konto kommen, und zu wenig sind es nicht, in einem krankhaften Geisteszustand befindet hat, dann wird es die höchste Zeit, daß er in eine Anstalt untergebracht wird, um wiederhergestellt zu werden. So lange dies aber nicht geschieht, werden auch weitere Fälle an den Tagesordnung sein. Bedauerlich ist ja, daß sich die Herren Droschkenföhler nicht mehr für den Herrn interessieren, damit er unschädlich gemacht würde. Unsere Kollegen werden auf genannten F. ein wachames Auge haben müssen, um sich vor weiteren Schaden zu bewahren.

Die Kollegen, welche ihrer Föhren nach der Herubahn in Karlsdorf ausführen, machen wir darauf aufmerksam, daß das Lokal von König am Bahnhof Karlsdorf für die Arbeiterschaft gesperrt ist. Es muß das Weidreien der Kollegen sein, nur solche Wirte zu unterstützen, welche ihre Lokale der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung stellen.

### Fensterputzer.

Hamburg. Zur Lohnbewegung. Die Arbeitgeber haben folgendes Rundschreiben an auswärtige Unternehmer des Gewerbes hierher geschickt:

„Werter Herr Kollege! Nachdem hier in Hamburg innerhalb fünf Jahren eine zweimalige Lohnaufbesserung eingetreten ist, und zwar von 21 Mt. auf 27 Mt. pro Woche, haben die Gehilfen in einer am Freitag, den 6. b. Mtz. abgehaltenen Versammlung beschlossen, erneut in eine Lohnbewegung einzutreten. Wir werden die Forderung in der am 25. b. Mtz. erscheinenden Verbandszeitung zu Ihrer Kenntnis bringen. Was die Lohnforderung betrifft, so glauben wir, daß 27 Mt. pro Woche für ungelernete Arbeiter, selbst bei den teuren Lebensbedingungen in Hamburg, ausreichend sind, um bei ökonomischer Haushaltung eine Familie zu ernähren. Aber abgesehen davon, kann von der Festlegung eines Minimallohnes keine Rede sein, da wir keine Lust haben, es im übrigen auch nicht der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, die faulen, nachlässigen und hummeligen Elemente unter unseren Gehilfen mit den fleißigen und ordentlichen auf eine Stufe zu stellen. Wir wollen uns bezüglich der Entlohnung freie Hand vorbehalten. Ferner lehnen wir eine Verkürzung der Arbeitszeit ab, da diese in unseren Betrieben, wenn die Frühstücks- und Mittagspausen abgerechnet werden, ohnehin nicht einmal mehr 8 Stunden beträgt. Ebenso verhält es sich mit den übrigen ähnlichen Forderungen. So lehnen wir es auch entschieden ab, uns Vorschriften machen zu lassen, auf wieviel Gehilfen ein Beleg zu halten ist. Und nur vollends die Anerkennung des Arbeitsnachweises des Transportarbeiterverbandes. Würden wir diese Forderung bewilligen, so würden wir uns eine förmliche Aute aufbinden und wären dann der Gehilfenschaft auf Gnade oder Ungnade überantwortet; denn es ist doch jedem denkenden Menschen klar, daß wir dann sämtliche Gehilfen geradezu in den Transportarbeiterverband hineinreiben würden. Würden wir uns verpflichten, nur deren Arbeitsnachweis zu benutzen, so bekämen doch nur diejenigen Gehilfen Beschäftigung, welche Verbandsmitglieder sind. Es wäre gleichbedeutend mit Selbstmord, uns darauf einzulassen. Da die Gehilfen nun zum 1. Oktober den Tarif gekündigt haben, so würde mit diesem Tage der Kampf entbrennen und wird derselbe nicht nur schwer für uns in Hamburg, sondern auch bedeutungsvoll für unser ganzes Gewerbe sein; denn unterliegen wir, so wird auch bei den übrigen Unternehmern noch und nach daselbe eintreten. Darum, wertere Kollegen, appellieren wir an Ihr Solidaritätsgesühl, indem wir Sie alle bitten, zu gegebener Zeit nicht nur durch Beaufsichtigung der Arbeitswilligen, sondern auch, wenn irgend möglich, durch Zuföhrung zuverlässiger Arbeitsträfte ausbillsweise beizupfropfen. Die Reisekosten werden selbstverständlich von uns getragen. Nur durch Ihre tatkräftige Unterstützung wird es möglich sein, die größeren Betriebe hier in der schlimmsten Zeit über Wasser zu halten. Falls Sie daher in der Lage sind, uns irgendwelche Unterstützung durch Kostgänge, Arbeitskräfte usw. zukommen zu lassen, bitten wir Sie, uns darüber gefälligst bis spätestens den 20. September Mitteilung machen zu wollen. Es ist endlich an der Zeit, daß wir fest geschlossen den fortwährenden wirtschaftlichen Verunsicherungen ein Ende machen. Das in anderen Gewerben bereits geschehen, sollte bei uns bei einigermaßen gutem Willen auch möglich sein; denn wenn die sozialistische gewerkschaftlichen Kreislereien nicht energisch unterdrückt werden, so sind unsere Existenzbedingungen bald ganz untragbar. Auf Ihre tatkräftige Unterstützung rechnend, sind wir zu Genehigkeiten bei vorkommenden Föhren gern bereit und verbleiben mit kollektalischem Gruß die Ortsgruppe Hamburg.“

F. A. D. Dallial, Vorsitzender.

Es ist das alte Manöver der Unternehmer. Wenn die Arbeiter zeitgemäße Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangen, dann geht das Gewerbe zu Grunde. Dabei schieben die neuen Unternehmer, die sich „dem Mutin anschließen“ wollen, wie Pilze aus der Erde,

**Hannover.** In der letzten Sektionsversammlung wurde über die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Senke u. Hinrichs gesprochen. Nach längerer Diskussion gab man zu, daß von der Firma der Tarif befristet würde und eine Entlastung zu recht stattfinden sollte. In der Zukunft soll regere Agitation betrieben werden.

**Leipzig.** Sektionsversammlung am 7. September. Der Sektionsleiter teilte mit, daß der Kollege Peundorf sein Amt niedergelegt hat und daher eine Neuwahl notwendig ist. Es wurde der Kollege Wöhm als Schriftführer neu gewählt. Hierauf hält Kollege Ruhner den Vortrag. In vordringender Weise führt der Redner den Zuhörern das Wachstum und das Gedeihen des Verbandes seit der Zeit seines Bestehens vor Augen. Ebenso wird die mit der größeren Ausbreitung Hand in Hand gehenden bedeutenden Erfolge. In der folgenden Diskussion sprachen mehrere Kollegen in einem Sinne des Referenten, bemängelten aber, daß die Erfolge die Preissteigerungen in Leipzig haben, wie es scheint, einschließen lassen. Der selbstevangelische Weg des Besuchs der letzten Versammlungen läßt wenigstens darauf schließen. Da bekanntlich in wenigen Monaten der abgelehnte Tarif abläuft, sollte und muß sich jeder Kollege zur Wahl machen, um nicht und immer zu erscheinen. Unter Gesprächsmitgliedern und Verschiedenem wurde zur Sprache gebracht, daß im Institut der Glasermeister eine Verschiebung der Arbeitszeit stattgefunden hat. Es wurde hierbei bemängelt, daß kein Vertreter des Verbandes zugezogen worden ist, wie es nötig gewesen wäre, da unsere Organisation die Kollegen nicht in ihren Schutz nehmen kann, wenn aus solchen Ergänzungen Mißstände entstehen. Die Versammlung beauftragt zum Schluß die Sektionsleitung, eine genaue Kontrolle der Wähler sämtlicher Kollegen durch die Bezirksbeauftragten vorzunehmen zu lassen, und in der nächsten Versammlung hierüber Bericht zu erstatten.

**Handelsarbeiter.**

**Den Achtstundentagsabschluss in die Wege zu leiten hat der Verein Dresdener Herren- und Damen-Details beschlossen.** In einer Versammlung gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die Inhaber der Dresdener Herren- und Damen-Details-Geschäfte haben beschlossen, bei dem Herrn Regierungs-Präsidenten, gemäß den Bestimmungen des § 139 f. der Gewerbe-Ordnung für die Herren- und Damen-Details-Geschäfte einschließliche derer, welche neben diesem Artikel auch andere Waren führen, den Achtstundentagsabschluss zu beantragen. Ausgenommen sollen sein die Abende vor Sonn- und Festtagen, sowie die letzten zehn Werktage vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten.

Man sieht, es geht ganz gut. Hoffentlich folgen auch andere Branchen diesem Beispiele.

**Ein, der vor unserer Organisation Angst hat.** In den Dresdener Neuesten Nachrichten befindet sich folgendes Inserat:

**Markthelfer gesucht,** gut empfohlen und nicht organisiert, in dauernder Stellung. Verdienste 9-10 und 6-7 Uhr, Dreggasse 7. F. Verth. Lange.

Hoffentlich ist Herr Lange auch so konsequent, seine Waren an organisierte Arbeiter zu verkaufen. Er hat, wie man uns mitteilt, ein Geschäft auf der Amalienstraße.

**Der Reimscheider Geschäftsführer des dortigen Konsumvereins Herr Marzke hat auf dem Düsseldorf-Gewerkschaftstage den Anzapfung unserer Delegierten gegenüber erklärt, daß die dortige Konsumvereins-Generalversammlung unserer Gewerkschaftsarbeit abgelehnt habe.** Einem unserer Vertreter hat derselbe Herr dann persönlich gesagt, es seien in der Hauptsache gewisse Gewerkschaftsführer gewesen, die durch ihr Auftreten in der besagten Versammlung dafür gesorgt hätten, daß der Tarif zu Fall gebracht worden wäre. Weiter die Motive, warum die betreffenden Gewerkschaftsführer gegen die Einführung des Tarifs waren, schweigend Herr Marzke aus. Aus dem entzweiten Ton des genannten Herrn mußten unsere Vertreter ohne weiteres annehmen, der Tarif sei von den betreffenden Gewerkschaftsführern bekämpft worden, weil diese die durch denselben den Arbeitern gewährten Vergünstigungen als zu hoch erachteten. Nun stellt sich heraus, daß die Entzweiung des Herrn Marzke das Gegenbild unserer Annahme gewesen ist, daß man den Tarif lediglich deswegen zu Fall gebracht, weil er den Arbeitern nach Meinung der Konsumvereins-Generalversammlung zu wenig bot.

Wir erhielten nämlich auf unsere Anfrage bei unseren Reimscheider Verbandskollegen, worin denn jene Gewerkschaftsführer gewesen seien, die sich gegen den Tarif gewandt haben sollten, folgenden Bescheid:

„Im Juni vor. Jahres fand hier eine außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins statt, in welcher unter anderem ein Antrag des Aufsichtsrats auf der Tagesordnung stand, das Gehalt des Kassierers zu erhöhen und zwar von 1800-2400 Mark auf 2400-3000 Mk., welcher auch von der Generalversammlung angenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde von unserem hiesigen Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Antrag gestellt, die Löhne der Transportarbeiter ebenfalls zu verbessern, welcher auch dahingehend angenommen wurde, daß die Verwaltung für die nächste Generalversammlung einen neuen Tarif ausarbeiten sollte.“

Die nächste Versammlung fand im September statt und hier hatte die Verwaltung den Antrag der vorigen Versammlung auf die Tagesordnung zu stellen. Dieses wäre unseres Erachtens nach wenigstens korrekt

gewesen. In dieser Zwischenzeit nun hatte der Gewerkschaftstag in Berlin tagend. — Infolgedessen dem Beschluß der Generalversammlung gerecht zu werden, der doch dahin lautete, unsere Löhne zu verbessern, konnte man mit einem solchen Hungerstreik am, wie er zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Handels- und Transportarbeiter-Verbande zu Stande gekommen ist. Denn daß dieses ein Hungerstreik für die hiesige Gegend ist, geht aus besten daraus hervor, wenn man weiß, daß fast alle größeren Fabriken für Hilfsarbeiter einen Tagelohn von 4,50 M. bezahlen.

Wir, das heißt die Transportarbeiter der Gewerkschaft erhielten damals einen Lohn von 24 M. steigend bis zu 30 M. Nun denke man sich diesen Tarif und um wieviel schlechter wir uns dabei gefühlt hätten bei einem Ortskampf von 10 Wk. Der Geschäftsführer Marzke empfahl den Tarif in einer einseitigen Rede und suchte denselben so schmackhaft wie eben möglich zu machen. Auch der Ausschussrat tat sein Möglichstes, aber alles vergebens, die Versammlung lehnte ihn ab. Es waren nicht allein die Gewerkschaftsführer, sondern alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Werkstätten miteinander, um den Hungerstreik zu Fall zu bringen.

Die Versammlung hat gezeigt, daß es der hiesigen organisierten Arbeiterschaft, mit ihnen die Führer, nicht allein darum zu tun ist, schöne Reden vom Stapel zu lassen, sondern auch allda, wo es eben möglich ist, die Theorie in die Praxis umzusetzen. Was zum Beispiel nicht es uns, wenn wir überall höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit fordern, und wir selbst schaffen etwas, dessen wir uns vor der Dessenlichkeit schämen müssen. Dies sind so in kurzen gedrängten Worten die Beweggründe, die uns veranlassen haben, gegen dieses nationale Werk der Schande.

Es folgen dann noch einige satzige Lebenswahrheiten an unsere Verbandsleitung, die diesen Tarif vereinbart hat. Es ist dies eine der vielen Neuerungen gleicher Stimmung aus den Reihen der Gewerkschaftsleiter.

Zweifellos sind die Kollegen über die Tragweite des Tarifs nicht genau unterrichtet. Derselbe befugt ausbrüchlich, daß bestehende günstigere Arbeitsverhältnisse nicht geschmälert werden dürfen. Ein Antrag von uns auf Kompensierung der bisherigen Vergünstigungen mit den Tarifverhältnissen kam auf unserer ausdrücklichen Protest hin auf dem Sektierer Gewerkschaftstage gar nicht zur Abstimmung.

Angesichts der herrschenden Verhältnisse hätte es den Kollegen unsererseits auch niemand verdammt, wenn sie an das Tarifamt einen Antrag auf entsprechende Erhöhung des Ortszuschlages gestellt hätten. Die Kollegen hätten also zweifellos besser getan, die Verhandlungen fortzuführen, als die Sache mit dem Generalversammlungsbeschlusse erledigt sein zu lassen, zumal es doch auch darauf ankommt, eine Grundlage für den künftigen Ausbau des Tarifs zu schaffen.

**Transportarbeiter.**

**Jena.** Sperrte hat die hiesige Verwaltung über die Hoffbeilungsfirmen Ghr. Ehardt verhängt, und bitten wir sämtliche Kollegen anderer Verwaltungen hiervon Kenntnis zu nehmen, da diese Firma nur unorganisierte und minderwertige Arbeiter beschäftigt und viele Unzüge nach verschiedenen Orten, wo wir über Zahlstellen verfügen, machen, wo geduldet auch Arbeiter, welche sich Pader nennen, mitgehen. Und dieser Musterbetrieb bringt es fertig, ohne Grund jeden Organisierten aufs Straßenpflaster zu werfen! Kollegen! Kommt der Aufseherung nach!

**Starkruhe.** Einen schönen Erfolg erzielten unsere in der hiesigen Gypsbauwerkstätte, Werner und Gärtner, beschäftigten Kollegen, insgesamt zählte 40 Mann. Veranlaßt durch die Erfolge der Arbeiter in den Expeditionsbetrieben schlossen auch sie sich der Organisation an und es kam gesagt werden, daß die Beiträge, welche die Leute ihrer Organisation leisten, schon jetzt reichlich Zinsen für sie tragen. Während sie vordem, Tag für Tag, Sonntag wie Werktag, im Dienst zu sein hatten und dabei nicht mal den ortszuständigen Tagelohn bezogen, ist jetzt vereinbart, daß Hauptlohn und Begeleitlohn, das Personal vom Werk und Verladebetrieb, sowie die Oberteile und das Personal vom Nachdienst jeden dritten Sonntag, das Personal vom Hallendienst jeden zweiten Sonntag frei erhält. Als freier Sonntag gilt die Zeit vom Samstagabend bis Sonntag früh. Der Lohn wurde für den Einzelnen um 1,20 bis 3 M. pro Woche erhöht, und kommt den Arbeitern ein Mehrlohn von insgesamt 5000 M. pro Jahr zu gute. Ueber die Verwendung der Strafgebühren wird künftig ein Arbeiterausschuß mit zu bestimmen haben.

Daß bei gegenfälliger Verständigung, wie es bei dieser Lohnbewegung geschehen ist, beide Teile profitieren können, ist durch die Tatsachen festgelegt, denn auch die Firma hat bei der Gelegenheit eine Erhöhung der Löhne durchgesetzt, was ihr eine erstklassige Mehreinnahme sichert. An den Arbeitern der Gypsbauwerkstätte liegt es nun, dafür zu sorgen, daß das Erreichte nicht nur hochgehalten wird, sondern manches ist noch zu erlangen, weshalb jeder Einzelne die Pflicht hat, für weitere Stärkung der Organisation einzutreten. An die Führer und die jugendlichen Belegsitzer sei noch die ganz besondere Mahnung gerichtet, stets darauf zu achten, daß nur organisierte Kollegen beschäftigt werden.

Werden nun die vielen Hunderte von Hausdienern und Pädern, die Masse unorganisierter Transportarbeiter endlich einsehen, daß auch für sie, d. h. für Verbesserung ihrer Verhältnisse nur das Heil in der gewerkschaftlichen Organisation, im Deutschen Transportarbeiter-Verband, liegt?

Bei dieser Gelegenheit sei unsern Kollegen Hausdienern und Pädern doch einmal vor Augen geführt,

daß sie von jeder Arbeiterkategorie die am ausgereichteste darstellt. Von früh 6, 7 Uhr bis abends 1/2 9, 9, 10, 11, 12 Uhr dauert ihre Arbeitszeit. Dabei in den meisten Fällen keine richtige Mittagspause, keine Vesperpause, immer muß der Hausdiener diensteifrig sein. Er ist vielfach das Wächter für alles. Deswegen haben wir aber doch noch Dubeide von Kollegen, welche glauben, ein recht hoher Gehalt werde alle ihre Mißstände wettmachen. Daß sie mit ihren Löhnen in den meisten Fällen im Grunde sind, sich selbst zu ernähren, vielmehr noch die Hilfe der Eltern in Anspruch nehmen müssen, geniert diese jungen Leute wenig. Können sie erst einmal dazu, sich einen eigenen Haushalt zu gründen, dann sehen sie erst ein, was sie in ihrer Jugend verfaßt haben. Allerdings haben wir auch unter den erwachsenen Kollegen nicht wie genug, denen Organisation vor allen Dingen nur late. Zwar schimpfen sie hinter dem Schoppe über die Ausbeutung, die lange Arbeitszeit, die Behandlung und über den beschallenen Lohn, nebenbei noch über die Schmutzkonturen der jüngeren Kollegen; daß sie aber das Uebel bei der Wurzel fassen, das heißt Schulter an Schulter mit den in Verbandsorganisierten Kollegen gegen diese Zustände in geeigneter Weise aufzupampfen müssen, das sehen diese Kollegen nicht ein. Aber auch in diesen Streifen muß es endlich Tag werden; die Aufklärung zieht immer weitere Kreise und auch den heute noch interessierten oder den im Dunkel besangenen Hausdiener wird sie nach der starken Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zuführen.

**Mannheim.** Den Helord im Berlin haben hat der Gewerkschaftsleiter Mannheimer Ludwigshafen in Nr. 36 der „Einigkeit“ geschrieben. Der Zweck heiligt die Mittel, dies scheint das Grundprinzip dieses edlen Hilters der Verleumdung und Ehrabschneidung zu sein. Will es doch, jetzt auch von dem Transportarbeiter-Verband, der durch unerwünschte Agitation auf die Höhe gekommen ist, die Manulwirkarbeit, wie sie bei den Lokalfällen ganz und gäbe ist, zu beginnen. Dazu dient diese Kampferungsgeisteshaft kein Mittel. Selbstverständlich wird dann in erster Linie über diejenige Person hergefallen, die an der Spitze steht; wenn die im Stumpfe liegt, dann ist es ja ein Leichtes, die Saat der perfiditen Sämereien in die Reihen zu streuen. In dieser Beziehung ist ja diesen Elementen, die ja größtenteils zu denen zählen, die sich in der Zentralorganisation abgetrennt haben, kein Mittel zu schafel.

Wir müssen, um denjenigen, denen dieses Handwerk vor Augen gekommen ist, den richtigen Sachverhalt klarzustellen, das einzelne etwas detaillierter. Bei der syndikalistischen Kohlenvereinigung werden wir als Verbandsgruppen hingeführt, die gebremst haben sollen. Das ist die Unwahrheit. Aus lag an der Wieder-einstellung unserer Kollegen dort mindestens so viel als den Lokalfällen, doch wollten wir kein Mittel unverzucht lassen, die Differenzen in friedlichem Wege beizulegen und zwar deswegen, weil wir am selben Tage die Forderungen für unsere Kollegen eingereicht haben. Ein überzogener Gewerkschaftler, der einen kleinen Funten kaltes Gift behält, der muß zu geben, daß wir mit Rücksicht auf diese Situation richtig gehandelt haben. Leider ist Lalkit bei den Lokalfällen ein böhmischer Dorf. Daß bei dem Vorfall ein Lokalfall der erste war, der unsern Vertrauensmann in den Rücken gefallen ist, das wird natürlich in der „Einigkeit“ nicht erwähnt. Hier hat sich am besten ihre Schmutz gezeigt. Zweck schreiben sie, den Arbeiter zum Klassenkämpfer erziehen, die Arbeiter verfeindeln in den Zentralorganisationen, nicht sind sie selbst nicht im Grunde, ihre anderthalb Mitglieder zur Solidarität zu erziehen.

Ferner soll der Kollege Geil dem Direktor der Kohlenvereinigung gegenüber erklärt haben, er wäre Gegner dieses Streiks. Das ist wieder eine Unwahrheit, aus dem Grunde, weil ihm der Direktor bei Betreten des Kontors, noch bevor er nur Gelegenheits gehalt hatte, einen Worten zu sagen, schon abgewiesen hat. Dies geschah im Beisein der Vertrauensleute des Betriebs.

Ferner hat der Gewerkschaftsleiter der „Einigkeit“ die Delegationskosten unserer Generalversammlung in einer Art und Weise aufgeführt, als hätte unser Kollege Geil für 8 Tage 329 M. eingeholt. Dies ist eine Verleumdung schlimmer Art. Bekanntlich hat unsere Generalversammlung eine Woche gedauert. Für die Delegierten vom Gau 15 dauerte der Aufenthalt in Berlin noch einen Tag länger, so daß 8 Tage in Berlin in Betracht kommen, zwei Tage in der Bahn, gibt zusammen 10 Tage, für 2 Delegierte. Die 329 M. beziffern sich auf 84 M. Fahrpreis, 65 M. für entgangenen Arbeitsverdienst resp. Ersatz für Arbeitskräfte im Bureau, sowie 180 M. für Speise für 10 Tage und 2 weitere Personen. Wie reinit sich nun das mit dem verurteilten Ausführgen der „Einigkeit“ zusammen? Betreffs der Denunziation des Familienvaters im Konsumverein, möchten wir nur bemerken, daß sich der Vorgang vor drei Jahren abgespielt hat; auf eine Detaillierung gehen wir aus dem Grunde nicht ein, weil der in Betracht kommende Kollege uns erfuhr hat, dies zu unterlassen. Betreffs der 5 M. bei der Reichstagswahl haben wir zu erwidern, daß dies keine Auslagen sind, die sich nicht auf den Wahltag beziehen, sondern auf die Gesamttätigkeit während der ganzen Wahlperiode, wo der Kollege Geil in seiner Einseitigkeit zwei Bezirke übernommen hat und dafür heute seinen Dank erntet. Die Hauptaufgabe der Wähler dieses Artikels in der „Einigkeit“ war es, jeder in den Reihen unserer Mitglieder Unfrieden zu stiften. Wenn sie sich jetzt, nachdem unsere Mitglieder ihre Maßnahmen gegen sie getroffen haben, den Lokalfällen verfeindeten haben, so wünschen wir Iechtern viel Glück dazu. Wenn dieselben aber glauben, sie würden durch ihre Kampfmittel uns die Reihen lichten, so erklären wir Ihnen,

daß sie durch Ihre Anstrengungen noch keine Stufe hinteren Dien hervorholten, viel weniger aus die Mitglieder abtreiben. Bei unseren Mitgliedern sind diese Leute, die sich jetzt schon in verschiedenen Gewerkschaften abgewirft haben, viel zu bekannt.

Unseren Mitgliedern rufen wir zu, gebt denjenigen, die Euch anzuregen betreffs Uebertritt in die Lokalvereinigung die richtige Antwort. Laßt Euch nicht lobern. Bleibt unserer Organisation treu, nach wie vor, denn der Transportarbeiter-Verband hat es bis jetzt glänzend bewiesen, was eine starke Organisation zu leisten vermag. Siebzehn erfolgreiche Lohnbewegungen haben wir in diesem Jahre in Mannheim allein gehabt. Das ganze hiesige Transportgewerbe arbeitet heute unter tariflichem Verhältnis. Die Lokalfallen sind zur Ohnmächtigkeit verdammt. Kollegen, rafft Euch auf! Erbet neue Mitglieder, zetzt diesen Elementen, daß Ihr nicht gewillt seid, das Bauwerk, das wir uns geschaffen haben, einreißen zu lassen. Machte es sich jeder zum Vorke, mindestens bis zum Neujahr ist Mitglied der Organisation anzuschließen, dann werden wir kräftiger dastehen, wie je zuvor, dann werden wir gewappnet sein zum Kampfe gegen das Unternehmertum.

**Minden.** Es ist eine allbekannte Tatsache, daß, sobald der Arbeiter nicht mehr in der Lage ist, in bisheriger Weise im Dienste des Kapitals zu frohnden, er in der Regel die Entlassung zu gewärtigen hat. Der Wohl hat eben seine Schuldigkeit getan, der Wohl kann gehen. Ob die Arbeiter, im wahren Sinne des Wortes, dann Hungerpforten fangen, das ist dieser Gesellschaft ganz gleich. Die Proletariat kennt eben keine Grenzen, Arbeitermangel kennzeichnet ihren Weg. Ein ganz besonders krasser Fall dieser Art hat sich hier vor einigen Tagen zugetragen. Ein Arbeiter der Expeditionsfirma Köhler u. Kufmann hatte vor etwa 4 Wochen das Unglück, mit einem Sod Mais zu stürzen. Infolge der hierdurch zugezogenen Beinverletzung war er drei Wochen krank und in ärztlicher Behandlung. Als er nun nach seiner Wiederherstellung seine Arbeit wieder antreten wollte, wurde ihm von Herrn Scheibauer, dem Inhaber der Firma, bedeutet, die Stelle sei bereits besetzt. „Meinen Sie, ich kann auf Sie warten, wenn Sie drei Wochen zu Hause auf der Wärenhaut liegen,“ mit diesen Worten empfing er den etwa 5 Jahre bei ihm beschäftigten Arbeiter. Wenn also ein Arbeiter bei Herrn Scheibauer sich die Knochen oder den Hals bricht, liegt er zu Hause auf der Wärenhaut. Rader kann sich der Kapitalisten, der Ausbeuterstandpunkt nicht offenbaren. Daß der betreffende Arbeiter den Unternehmer in heftiger Weise darauf aufmerksam machte, daß er nicht auf der Wärenhaut gelegen habe, sondern in seinem Dienst verunfallt sei, nützte nichts. Da der Arbeiter Anspruch auf 14 tägige Kündigung hatte, begab er sich an denselben Tage noch einmal zu dem Unternehmer. Nach längerem Verhandeln erklärte sich dieser bereit, ihn, den Arbeiter, noch 14 Tage zu beschäftigen. Aber warten Sie, alter Freund, ich werde Sie bitten, ich werde Sie schänden und schikanieren, daß Sie in drei Tagen davonlaufen,“ das waren die Liebeswörterlichkeiten, die er dem Arbeiter an den Kopf warf. Unter diesen Umständen konnte dieser unmöglich weiterarbeiten, da er annehmen mußte, daß dieser edle Herr seine Drohung wahr machen würde, daß schweren Schäden an Leben und Gesundheit zur Folge gehabt hätte. Als der Arbeiter diese gahlige Stelle verließ, meinte er zu mehreren Arbeitskollegen: „Das ist nun der Dank für meine Arbeit, wenn man all und krüppelig geworden ist und seine Knochen aufgebraut hat, wird man auf's Pfahle getrieben.“ Kaum hatte er diese scharflich berechtigten Worte ausgesprochen, da führte Herr Scheibauer aus dem Kontor, packte ihn mit den Worten: „Sie verfluchter Kerl, wollen Sie machen, daß Sie mein Grundstück verlassen, ich schlage Ihnen sonst den Schädel ein!“ vor die Brust und ließ ihn zurück. Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig, bemerken wollen wir noch, daß, wenn der Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert gewesen wäre und es nicht unter seiner Würde erachtet hätte, sich einem Vertreter von Besch und Bildung gleiches mit gleichem zu verhalten, das Schädel einschlagen wohl zur Lastge geworden wäre. Dieser Herr war es auch, der im letzten Frühjahr anfänglich einer Lohnbewegung es ablehnte, mit der Organisation zu verhandeln. Es bedurfte damals der ganzen Kraft der Verbandsleitung, um eine friedliche Regelung herbeizuführen.

**München.** Am Mittwoch vortestlicher Woche brachen beim Fuhrunternehmer Joseph Statmeier, Maria Gieselschler, 5 in Tallischen, Differenzen aus. Ein Hilfsarbeiter hatte sich erlaubt, einen neunzigstelligen Fuhrenschub wegen seiner Organisationszugehörigkeit zu fragen. Dieser erklärte, daß er nicht organisiert sei und hülflos daran abfällige Aeußerungen über die Organisationsleiter. Am anderen Tag kam er nicht mehr zur Arbeitstätte; er mochte es vorgezogen haben, nicht mit organisierten Kollegen zu arbeiten. Veleibigt wurde der Mann in keiner Weise. Das gab nun der besseren Hälfte des Herrn Statmeier Veranlassung, auf zwei Arbeiter, die sie als die Unruhmisler in ihrem Betriebe ansah, und auf die Organisationsloszuschimpfen. Als am Mittwoch abend eine Aussprache hierüber herbeigeführt wurde, erklärte Herr Statmeier seinen Arbeitern, ihm sei es gleich, wenn alle aufhören, er bekomme gleich wieder andere. Hieraus erhielten sämtliche Arbeiter die Entlassung. Unter ihnen befand sich ein gewisser Joseph Klau, der vom vorigjährigen Fuhrmannsstreik noch rühmlichst bekannt ist, wo er der Firma Wegner Arbeitswilligendienste leistete. Er wohnt Matthias Meierstr. 1 und betreibt dort ein Mischgeschäft. Auch er ließ sich die Karte geben, jedoch nur zum Schein, damit er, wie er zum Arbeitgeber sagte, vor den Leuten Muth habe. Andern Tags war er der einzige, der im Betrieb fortarbeitete.

Eine Vorstellung des Vertreters der Organisation blieb erfolglos. Herr Statmeier erklärte, er würde alle wieder einstellen bis auf die zwei „Unruhmisler“. Die Arbeiter erklärten sich jedoch mit diesen zwei Kollegen solidarisch. Sie meiden den Betrieb so lange, bis auch die Kollegen, die ohne jeden Grund entlassen wurden, wieder eingestellt werden. Die Organisation hat über den Betrieb die Sperre verhängt.

**Offenbach a. M., § 193.** Wahrung berechtigter Interessen auch für Streikleiter. Unser Gauleiter stand am Freitag, den 6. September vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Schußmannsbeleidigung. Bei dem Streit der Vaulschöfer versammelten sich die Streikenden vor dem Gehöfte der Firma Ermold, wahrscheinlich um die Arbeitswilligen zum Mitstreiten zu veranlassen. Ein Schuhmann in Mütze forberte die Streikenden in sehr erregtem Tone auf, fortzugehen. In diesem Moment kam S. dazu und stellte sich als Streikleiter vor. Der Schuhmann wies auch diesen weg. Dies verbat sich S., da er, um Ordnung zu halten, da sein müsse. Hierbei soll S. den Schuhmann beleidigt haben, was er entschieden in Abrede stellt. Er habe dem Schuhmann nur behilflich sein wollen, da die Streikenden auf ihn (S.) mehr hören, als auf den schneidigen Schuhmann. S. forberte nunmehr die Streikenden auf, fortzugehen, was sie auch sofort taten. Nach längerer Wevelsaufnahme nahm der Anklämer zu einem längeren Plaidoyer das Wort. Wenn der Angeklagte S. um Ordnung zu stiften kam und das sei ihm nicht widerlegt worden, so handelte er als Streikleiter in Wahrung berechtigter Interessen. Selbst wenn dabei eine Beleidigung geschehen sei, so müsse dem Angeklagten die Absicht, den Schuhmann beleidigen zu wollen, nachgewiesen werden. Dieser Nachweis sei bisher nicht in genügender Weise erbracht. Er beantrage daher keine Strafe, sondern fordere eine prinzipielle Entscheidung vom Gericht. Das Gericht fällt daraufhin den Freispruch, weil ein Streikleiter, er gewählter oder selbst angestellter Vertreter, die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen habe. Dies sei in dem vorliegenden Fall geschehen. Nach einer Reizgerichtsentscheidung gehöre zum Delikt der Beleidigung auch die Absicht der Beleidigung; diese habe aber bei dem Angeklagten den Umständen nach nicht vorgelegen. Es mußte demnach Freisprechung erfolgen. — Endlich einmal ein gerechtes Urteil für die Streikleiter, als Vertrauensleute der Arbeiter.

**Strasbourg i. Ell.** Als im heurigen Frühjahr auch die Straßburger Kohlenarbeiter angingen, sich der Organisation anzuschließen, glaubten die hiesigen Unternehmer dieses mit einem allbekannten Trid verbinden zu können. Sie versprachen eine freiwillige Lohnzulage und glaubten dadurch, ihre bisher sehr zufriedenen Kohlenarbeiter vor dem verderblichen Giste der Organisation gesichert zu haben. Die Mehrzahl der Arbeiter erkannte aber sofort die wahre Sachlage und schloß sich, trotz Drohungen einerseits und schönen leeren Versprechungen andererseits, dem Deutschen Transportarbeiterverband an. Darauf versuchten verschiedene Lagerhalter bzw. Vorarbeiter diese unzufriedenen Verbandsritter und sogenannten Heber mit allen Mitteln aus den Geschäften hinauszufeln, hatten aber auch damit keinen Erfolg. Wie ernst es den Unternehmern übrigens mit der freiwilligen Lohnaufbesserung war, beweist schon der Umstand, daß sie bis zum Antritt d. F. noch keine Zeit dazu gefunden, oder noch wahrheitsliebender, dies überhaupt vergessen hatten. Die organisierten Arbeiter bestanden deshalb, ihre verheißenen Unternehmer an ihr Versprechen zu erinnern, indem in drei größeren Betrieben, wo unsere Organisation am stärksten war, von seiten des Verbandes Forderungen gestellt wurden. Leider war es wegen der Interesslosigkeit einer Anzahl Kollegen und deren unbegrenzten Glauben an die Humanität ihrer Unternehmer, nicht möglich, auf der ganzen Linie geschlossen vorgehen zu können. Diese Kollegen haben es sich deshalb selbst zugesprochen, wenn sie heute noch 50 bis 60 Pf. pro Tag weniger erhalten als ihre Kollegen bei Mand, Pacher u. Co., Schuy-Meier und Gebr. Gaidy. Wie voranzufehen, schienen die beteiligten Unternehmer, durch das zerkettete Vorgehen unsererseits ermutigt, es ab, mit dem Verbands abzusprechen und erklären, nur mit ihren Arbeitern direkt unterhandeln zu wollen. Die unterhandelnden Kommissionen erzielten nun eine durchschnittliche zehnprozentige Lohnerhöhung und bessere Bezahlung der Ueberstunden.

Das Erreichte muß allerdings als sehr minimal bezeichnet werden; aber es war eben der erste Angriff der noch jung organisierten Arbeiter gegen die Kapitalkräften, vereinigten, gut organisierten Kohlenhändler Straßburgs. Ferner waren sich die beteiligten Kollegen bewußt, daß sie im Einzelfalle wahrscheinlich ziemlich allein stehen würden und auch im eigenen Betriebe mit feigen, verachtungswürdigen Verrätern zu rechnen hätten! Aus diesem Grunde nahmen sie das Angebot an, gelobten sich aber in Zukunft noch kräftiger für den Verband zu agitieren, um auch den letzten Mann in unsere Reihen zu bekommen. Die noch fernstehenden Kollegen aber sind es auch diesmal wieder, die das größte Hindernis bilden und hoffen wir nun, daß auch sie bald zu dieser Einsicht kommen, denn nur vereint in einer festen, kräftigen Organisation können wir das bisher Erreichte erhalten und noch notwendige weitere Verbesserungen dazu schaffen. Der Verband hat hier bewiesen, daß er etwas leistet und dürfte damit auch denjenigen Kollegen Rechnung getragen sein, die kategorisch immer erklärten, sie wollen erst sehen, was der Verband leistet, und schloßen sich hoffentlich nun auch alle diese Kollegen an. Ebenso dürfen auch die Kollegen aus den übrigen Betrieben daraus lernen, daß nur mit Hilfe des Verbandes Verbesserungen erzielt werden können; damit wir das nächste Mal, geschlossen auf der ganzen Linie, geeint und gestärkt in unseren Reihen,

vorgehen können und somit imstande sind, in Zukunft ein energischeres, kräftigeres Wort mit den Unternehmern zu reden. Die Verbände in den hiesigen Kohlenlagern sind ja noch sehr verbesserungsbedürftig und wird dies der Organisation auch in absehbarer Zeit mit Hilfe der Kollegen gelingen. Deshalb muß unsere Parole lauten: Einem, Mann für Mann, in den Deutschen Transportarbeiter-Verband, damit wir uns das fehlende in allerhöchster Zeit nachholen können und werden wir dann auch unsere Forderungen bis auf den letzten Punkt durchsetzen. Drum müht vorwärts auf dem bezeichneten Wege, Versammlungen fleißig besuchen und jeder agitieren, kein Hindernis gescheut, dann kommen auch wir zu dem Ziele, das wir uns gesetzt haben, das ist die Vertreibung des Arbeiters aus den Klauen des Kapitalismus.

**Sintgart.** Die Löhne der in den hiesigen Fuhrbetrieben beschäftigten Arbeiter und Fuhrleute sind bekanntlich trotz der langgezogenen Arbeitszeit in diesem Gewerbe äußerst gering. So bezahlt die Firma P. v. Maur z. B. noch nicht einmal den hier ortsüblichen Taglohn, andere Firmen wöchentlich 20 bis 24 Mk. Dabei besteht in manchen Betrieben ein raffiniertes Straffsystem, wegen der geringsten Kleinigkeit, angeblichen Verschulden oder Versäumnissen werden Lohnabzüge von enormer Höhe gemacht. Zwar könnte sich der zu Unrecht Bestrafte sein Recht vor dem Gericht suchen, doch ist dann eine Lösung des Arbeitsverhältnisses die Folge, andererseits durch die Zeitversäumnisse wieder ein Verdienstentgang zu verzeichnen. Und so läßt sich der Fuhrmann in 100 Fällen 99mal die Ungerechtigkeiten gefallen.

Besonders stark mit den Abzügen betreibt es aber Herr G. v. Maur hier. In einer Geschäftsveranbarung wurde festgesetzt, daß an einem Lohnstage sieben Fuhrleuten insgesamt 22 Mk. abgezogen wurden. Darunter in zwei Fällen je 6 Mk. sodann 4, 3 und 1 Mk. Nur einer der so um seinen verdienten Lohn Gebrachten suchte sein Recht vor Gericht, wo ihm denn auch die 6 Mk. zugesprochen wurden. Alle Rechtsfertigungsversuche des Fuhrmanns beim Unternehmer sind nutzlos, es wird ihm zum Schluß nur mit dem Hinweis auf die Drohung, falls er nicht vorjst, selbst zu gehen. Dabei kommt in diesem Betriebe noch in Betracht, daß die Behandlung alles zu wünschen übrig läßt, wie es ja schon verschiedentlich in diesem Blatte gerügt wurde. Zwar sind die Fuhrleute der Ansicht, daß der Unternehmer, Herr v. M. selbst, weniger von diesen Ungerechtigkeiten, als daß vielmehr ein gewisser Buchhalter, sowie ein Stalkmeister ihre Hände im Spiele haben. Gerade letzterer aber hätte alle Ursache, sich möglichst passiv zu verhalten, denn wer im Geschäft ist, soll nicht mit Steinen um sich werfen. Die richtige Auerung hat dieser Herr vor kurzem ebenfalls von der Tochter des Hauses erfahren, die ihm im Namen belegte, welche alles besagen, nur als Schmeichelei können sie nicht angesehen werden. Den Unternehmern möchten wir raten, den Bogen nicht zu stark zu spannen; die Fuhrleute sind aber zum Teil auch selbst mit an vielen Zuständen Schuld, denn so lange sie ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband nicht in der richtigen Weise helfen ausbauen, vor allen Dingen selbst Mitglied werden, werden diese und viele andere Ungerechtigkeiten, unter denen sie zu leiden haben, nicht verschwinden.

**Walzenburg.** Den vernachlässigten Transportarbeiterverbände werden wir hier schon jahm machen, so sagte einige Tage nach unserer Lohnbewegung der größte Fuhrunternehmer am Platze, Herr Expeditor Fritz Kuh. Dem guten Mann lag die erringene Lohnzulage schwer im Magen; es war ihm unheimlich zu Mutte, jenen, um sich zu haben, der über seinen Betrieb mit Argusaugen wachte, daß was nämlich die Organisation. Kuh ging wie die meisten Scharfmacher zu Werke, seine Leute von der Organisation los zu machen; er taperte sich zuerst seine beiden Hausknecht, Keller- und Schubert, indem er ihnen außer der kräftigsten Zulage extra noch einige Mark pro Woche bewilligte, wenn sie ihre Mitarbeiters direkt veranlassen aus dem Verbands auszutreten. K. und Sch. nahmen den Zusatz nicht an und nun ging die Treiber los; es wurde gelogen auf Teufel komm raus; die Vorstandsmitglieder wurden der Unterhuldigung beschuldigt; a derselbe Herr Schubert, welcher an den Tagen der Lohnbewegung seinen Chef so jämmerlich belagerte, hatte nicht gemerkt, seine Treiberen nur hier in der Stadt loszulassen, er ging auch in die umliegenden Dörfer, was die Verbandskollegen aufzubehen. Zum Teil ist es ihm ja gelungen, aber Lügen haben kurze Beine. Der Herr Schubert wird ja sehen, was länger anschlägt, die Wahrheit oder die Lüge. Wie alle Streikbrecher, ist ja auch Schubert zu feige, öffentlich seine Meinung in unserer Versammlung vorzutragen.

Herr Kuh ärgerte sich am meisten, daß der Transportarbeiter-Verband sich gerade die günstigste Zeit ausgesucht hatte, seine Forderung für die Mitglieder geltend zu machen. Das war auch ganz erklärlich, weil wir sonst das Nachsehen hätten. Andere Leute sprechen wieder, nicht Kerner, sondern Nehmt war es, daß seine Leute gerade zum Dierste, am Tage der Konfirmation seines Sohnes so unverschämlich waren, 1 Mk. mehr Lohn zu verlangen. In Träumen des Schmerzes sollen nach Schuberts Angabe nur so geschlossen sein. Na, wir empfinden Herrn Kuh, das vollkommene Tölpeltum auch anerkennend, es wird ja wieder die Zeit kommen, wo es in Gebrauch genommen werden kann. Im übrigen werden ja näherem Kollegen Schubert die Augen noch aufgehen, und er wird einsehen, — wenn auch schon zu spät, — daß die zugesagte reichliche Entlohnung eitel Lahn ist; er kann sich an dem alten Kollegen Dambachner ein Beispiel nehmen. Auch raten wir den noch organisierten Kollegen in ähnlichen Betrieben, sich mit Schubert mit Verbandsangelegenheiten nicht einzulassen, weil er doch alles seinem Chef schwören wird. —

Ferner liegt es klar auf der Hand, daß, wenn die Organisation nicht mehr im Bereiche sein wird, die zugelegte Lohnherabsetzung sofort abgezogen, ja, die Löhne noch schlechter werden. Das sei jedem ein warnendes Menetekel.

Die Umgegend wird auch lebendig; in Gottesberg hatten wir für den 8. September eine Versammlung veranstaltet und es gelang uns, 9 Kollegen zu gewinnen. Man sieht, daß auch hier die Organisation Bedürfnis geworden ist. Wir sind fest überzeugt, daß, wenn auch das 3. Quartal uns einen Rückschlag bringt, das 4. Quartal uns so glücklicher abschneiden wird. So ist uns auch aus dem nachliegenden Winterdort und Sorgen die Mitteilung zugegangen, Versammlungen einzuberufen, zur Gründung von Ortssektionen.

Wir sehen, daß wir noch lange nicht vernichtet sind; so leicht soll es den Schatzmachern nicht werden, im Gegenteil, je größer der Kampf, je ehrenvoller der Sieg und haben wir die Umgegend mobil gemacht, dann kann es ja noch ein Ländchen geben und dann werden die Waldenburger Kollegen einsehen, daß sie sich vor den Kollegen in der Umgegend verstecken müssen. Daran ist aber die Organisation nicht Schuld, sondern diejenigen Kollegen, welche organisiert sein wollten, aber das Gegenteil tun.

### Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Cassel. Die neue Straßen-Polizei-Verordnung war das Thema, welches in einer außerordentlich gut besuchten öffentlichen Transportarbeiter-Versammlung am Dienstag, den 10. September, behandelt wurde. Der Referent führte ungefähr folgendes aus: Mit dem tiefenhaften Anwachen des Verkehrs auf den Straßen Cassels habe die Einführung der Straßenpolizei-Verordnung nicht gleichen Schritt gehalten. Die bis jetzt bestehende Polizei-Verordnung sei den modernen Bedürfnissen des Verkehrs nicht mehr angepaßt, sondern sie enthalte eine Reihe von Paragraphen, die infolge der Verkehrszunahme zu wahren Knüttelfüssen geworden sind. Dies hat wiederum zur Folge gehabt, daß Strafen auf Straßen über die Knüttel verhängt wurden, mitunter in einer Höhe, daß die Knüttel einen großen Teil ihres Jahre verdienten Wochenlohnes dafür opfern mußten, und Hunderte, die dieses Geldhoyer nicht bringen konnten, wanderten ins Gefängnis, um dort über ihr krautiges Dasein und die Ungerechtigkeit in der Anordnung der heutigen Dinge nachzudenken. Die Zahl der unschuldig Verurteilten hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Das kommt zum größten Teil daher, daß unter 100 Knütteln vielleicht nur einer ist, der zufällig Kenntnis von der bestehenden Polizei-Verordnung hat; die große Masse aber weiß gar nicht, was von ihnen alles verlangt wird. Die Verordnungen werden größtenteils in den Amtsblättern bekannt gegeben. Wer von den Knütteln bekommt aber das Amtsblatt zur Ansicht? Jedenfalls wohl keiner! Es wäre eigentlich Pflicht der Polizeibehörden, die Unternehmer zu veranlassen, jedem neu eintrudelnden Knüttel ein Exemplar der Verordnung auszuhandigen und ihn zu unterrichten, welche Bestimmungen er auf der Straße zu beachten hat. Dadurch könnte viel zur Sicherung des Verkehrs beigetragen werden und andererseits würden den Knüttlern eine Reihe von Straßen erspart. Heute, wo die elektrische Straßenbahn und das Automobil die Straßen der Stadt durchfahren, gehört schon eine gewisse Kunst dazu, ein Fußwerk unbedenklich durch die Straßen zu lenken, umso mehr, als die Straßen Cassels auf die Verwältigung des Verkehrs nicht angelegt sind. Kommt nun einmal eine Verkehrsstörung vor, gleich ist der Schulmann zur Stelle, und der Knüttel wird als der allein Schuldige bestraft. Das alles sind Dinge, die der Polizeibehörde bekannt sein mußten, und denen sie bei der Beratunggabe einer neuen Straßenpolizei-Verordnung Rechnung tragen mußte. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Die neue Verordnung, die am 1. Oktober 1907 in Kraft treten soll, enthält wohl in Bezug auf den Führerverkehr einige Paragraphen weniger als die jetzt bestehende ist aber sonst in denselben verkehrsmäßigsten Sinne zusammengefaßt wie die bisherige. Ja, eine Reihe von Paragraphen sind so nullar, sich direkt gegenständig widersprechend ausgedrückt, daß der eine Teil derselben Paragraphen von dem anderen Teil widerstreben wird. Der § 69 lautet: Jedes Führwerk, sofern es nicht vom Saite aus gefahren wird, muß so eingerichtet sein, daß der Platz des Führers ihm freie Aussicht nach allen Seiten hin gestattet. Wo und wie dieser Platz sein muß, davon ist in dem § 69 kein Wort enthalten. Dagegen sagt § 83, daß der Knüttel, falls er nicht vom Saite fährt, den in § 69 bezeichneten Platz einnehmen muß. Ist das nicht ein direkter Widerspruch? Infall in § 69 tritt und klar zu sagen: Jedes durch Zugtiere bewegte Führwerk muß mit einem festen Knüttel versehen sein, von dem aus der Führer freie Aussicht nach allen Seiten hin hat, wird in unklarer Weise von einem nicht näher bezeichneten Platz geredet. Das kann zu der Aufklärung führen, daß eine klare Fassung im Interesse der Unternehmer unterbleiben sei, da ja diese durch eine bequemere Ausdrucksweise zu Verbinden gezwungen würden. Zu anderen Paragraphen, wo die ganze Verantwortlichkeit nur den Knüttel angeht, ist die Fassung eine bestimmte. Ich bin der Meinung, wenn die Knüttel auch für diesen Paragraphen allein verantwortlich wären, würde auch hier die Fassung eine andere Form haben. Gerade die Frage des Fehlens des Knüttelrads ist für die Knüttel von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Eine Reihe von Unglücksfällen sind nur auf das Fehlen der Knüttelräder zurückzuführen. Bei unseren engen Straßen ist

es bei dem heutigen starken Verkehr unmöglich, neben dem Wagen herumlaufen. Darum müssen wir von der Polizei verlangen, daß sie diesen Paragraphen eine Fassung gibt, die nicht an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt und die die Unternehmer bei Strafe verpflichtet, nicht nur im Interesse der Knüttel, sondern auch um das Leben und die Gesundheit der Straßenpassanten zu schützen, feste Knüttelräder an ihren Führwerken anzubringen. Der § 86 sagt in seinem ersten Teil, daß bespanntes Führwerk auf öffentlichen Straßen nicht ohne Aufsicht stehen dürfen. Soweit, so gut. Der zweite Teil desselben Paragraphen widerstreift aber den ersten Teil, indem es hier heißt, daß bespanntes Führwerk nur insoweit ohne Aufsicht stehen darf, als der Führer behufs Bes- und Einladens genötigt ist, sich von seinem Führwerk zu entfernen. Dieser Paragraph wird derjenige sein, welcher polizeilicher Willkür Tür und Tor öffnet. Dort, wo der Knüttel seinen Wagen ent- oder belade, also im Interesse des Unternehmers arbeitet, darf er sein Führwerk verlassen, wehe aber dem Knüttel, wenn er sein Führwerk verläßt, um vielleicht in einer Wirtschaft sein Frühstück oder Mittagessen zu verzehren, gleich wird ein Vertreter der heiligen Herrschaft erscheinen und der Strafbefehl wird nicht lange auf sich warten lassen. Da aber leider die Verhältnisse so liegen, daß unsere Kollegen den größten Teil ihrer Mahlzeiten in den Wirtschaften zu sich nehmen müssen, hätte die Polizei (soweit soziales Empfinden an den Tag legen und die § 86 demgemäß verfaßt werden müssen. Ober aber sie nutze ihre Objektivität wahren und das Sicheinsehen ohne Aufsicht ganz verbieten, da gegen die Unternehmer zwingen, daß sie bei jedem Führwerk einen zweiten Mann zu stellen haben. Auch hier müssen wir eine ausgleichende Gerechtigkeit fordern. Der § 106 schreibt vor, daß jedes Führwerk mit einer sicher wirkenden Bremse versehen sein muß. Dieser Paragraph ist ebenfalls einseitig gestaltet. Wer unsere bergigen Straßenverhältnisse kennt, der wird mit mir der Ansicht sein, daß, wenn die Polizei den Unternehmern in § 76 gestattet ihre Führwerke mit Lasten bis zu 8000 Kilo gleich 160 Zentner last. Wagen zu beladen, sie auch andererseits die Unternehmer verpflichten muß, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung von Unglücksfällen zu treffen. Dazu gehört in erster Linie, daß an jedem Führwerk mehrere gut und sicher wirkende Bremsen angebracht sein müssen. Vor einigen Tagen hat sich in der Wilhelmstraße ein Vorfall ereignet, bei dem nur durch die Gelfesgegenwart des Knüttlers ein größeres Unglück verhindert wurde. In einem mit über 100 Zentnern beladenen Wagen hat die einzige Bremse versagt. Der Wagen kam ins Rollen und raste die Wilhelmstraße hinab im Augenblick der höchsten Gefahr gelang es dem Knüttel, die Pferde herumzureißen und den Wagen zum Halten zu bringen. Die Folgen sind nicht auszudenken, wenn in der Bahnhofsstraße, dem Fernmarkt oder in sonstigen verkehrreichen Straßen die einzige Bremse eines solchen Wagens versagen sollte. Auch hier kommt neben dem Knüttel das Leben und die Gesundheit der Straßenpassanten in Betracht, aber hier ist wiederum der Unternehmer derjenige, der bei einer Vorchrift von mehreren Bremsen in den Gebühret greifen mußte. Der § 82 bestimmt, daß nur Personen, welche das 16. Lebensjahr überschritten haben, ein Führwerk führen dürfen. Jedoch können Ausnahmen polizeilich bewilligt werden. Ist schon die Festsetzung der Altersgrenze bis zum 16. Jahre ein ganz besonders entgegenkommener an die Unternehmer, so bedeutet das Festsetzen von Ausnahmen eine schwere Gefährdung des Verkehrs im allgemeinen. Ich will nicht davon reden, in welcher Weise dieser Paragraph ganz besonders gegen die Knüttel bei einer Lohnbewegung ausgenutzt werden kann, aber im Interesse der Allgemeinheit müssen wir verlangen, daß die Altersgrenze auf das 18. Jahr festgelegt und daß Ausnahmen überhaupt nicht stattdessen dürfen. Das sind in kurzen Zügen nur die hauptsächlichsten Punkte, die zu Unglücksfällen der Knüttel in der neuen Ordnung enthalten sind, auf die anderen kleineren will ich nicht näher eingehen. Ich empfehle Ihnen, folgenden Antrag zum Beschluß zu erheben:

Die Ortsverwaltung des Transportarbeiter-Verbandes wird beauftragt, bei der Polizeibehörde dahin vorstellig zu werden: die Verordnung ist unter Zustimmung einer Kommission von Sachkundigen einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Bei der Abfassung der einzelnen Paragraphen ist darauf zu sehen, daß Licht und Schatten gleichmäßig verteilt werden.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß wir selbstverständlich prinzipiell nichts gegen den Erlass von Verkehrsordnungen einzuwenden haben, sondern auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Verkehr unbedingt durch Vorschriften geregelt sein muß. Die Sicherung des Verkehrs verlangt gebieterisch, daß zur Sicherung desselben bestimmte Vorschriften erlassen werden, damit Leben und Gesundheit der Menschen geschützt sind. Derartige Vorschriften können aber nicht vom grünen Tisch aus von Leuten gemacht werden, die in solchen Dingen gar keine praktische Erfahrung haben, sondern hier müssen wir energisch verlangen, daß man unsere Wünsche und Forderungen berücksichtigen. Lange genug haben wir geduldet, daß man unsere Forderungen nicht beachtet hat, jetzt ist auch unsere Geduld zu Ende und wir verlangen, daß man uns nicht mehr als Fremdling betrachte, auf das jeder Polizeibeamte Zugd machen kann, wenn ihm die benötigten Stajmandate fehlen, sondern wir fordern unser Recht, wir fordern, daß man uns ebenso behandelt, wie jeden anderen Menschen.

Nach einer kurzen Debatte wurde der Antrag des Referenten einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die Transportarbeiterbewegung fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Cottbus. Am 11. August hatten die Kollegen in Gassen eine Versammlung für die am Orte vorhandenen Berufslogen veranstaltet. Ein No-lege hatte das Referat übernommen über: „Welchen Wert haben die Versammlungen.“

Der Referent behauptete, daß die Versammlungen gewissermaßen Schulstunden seien, in welchen der Arbeiter im Kreise seiner Berufslogen sich ausbilden soll über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Leider aber verkommen die Kollegen sehr häufig die Versammlungen und wissen dann bei etwaigen Vorkommnissen nicht, wie sie sich zu verhalten haben. Gleichzeitig sollen aber auch die Versammlungen auf den einzelnen Kollegen einwirken, ebenso auch moralisch, und ist es nun einmal feststehende Tatsache, daß diejenigen, welche die Versammlungen besuchen, in den meisten Fällen viel höher geistig stehen als diejenigen, welche die Versammlungen schwänden.

Nachdem noch von Referenten die Anwesenden ermahnt wurden, in Zukunft mehr für den Besuch der Versammlungen zu sorgen, wurden noch einige geschäftliche Sachen und Anfragen erledigt und erfolgte hierauf Schluß.

Dresden. Wir werden um Veröffentlichung folgender Zeilen ersucht:

Am 14. Juni tagte in den Reichshallen eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Berichterstattung von der Generalversammlung in Berlin.“ In der darauffolgenden Debatte wies ich darauf hin, daß man eine für die Arbeiterbewegung so wichtige Frage, die Alltagsfrage, nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe; die Diskussion dieser Frage könne nur zum Vorteil aber nicht zum Nachteil sein, hauptsächlich für die Kollegen Knüttel. Es entstand eine Unruhe unter den anwesenden Kollegen Knütteln, warum, konnte ich mir ja denken. Nach der Versammlung forderten mich einige Kollegen auf, ihnen Auskunft über meine Meinung zu geben, was ich auch getan habe. Aber das genigte nicht, zu oft hat man mich wieder angehalten und mir vorgeworfen, du bist derjenige, welcher gesagt hat, die Knüttel trinken zu viel Schnaps. Vorausgeschickt will ich, die Kollegen, welche in der Versammlung anwesend waren, habe ich durch meine Ausführung durchaus nicht beleidigen wollen, denn ich habe beobachtet, daß sie regelmäßige Versammlungsbesucher und tüchtige Verbandkollegen sind, ja Kollegen die vielen, die uns noch fern liegen, welche schon so oft aufgefordert worden sind, in den Verband einzutreten, aber lieber ich hoch in die Kniee setzen, als unsere Versammlungen zu besuchen, um sich dort Aufklärung und Wissen zu verschaffen, und mitanzusehen, daß endlich einmal für uns Dresdener Knüttel bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten. Laufende und Ueberlaufende Markt gibt man den preussischen Zählern und Schnapsbrennern, unseren gefährlichsten Gegnern, welche uns Arbeiter auch in jeder Art unterdrücken, ihnen fällt man die Taschen; wieviel Mühen hätten nicht schon diese ungeheuren Summen der Arbeiterbewegung gebracht. Unser alter Liebling sagte einmal die schönen Worte: „Ist einmal der Arbeiter im Besitze des Wissens, dann wehe euch Unternehmern; aber solange der Arbeiter den Fühler der preussischen Zählern trinkt, bringen seine Ideale nur hantiles bei ihm ein.“

Ich und J. J. a. E. Am Mittwoch, den 11. September, hatten sich ca. 500 Berufslogen im großen Saale des Volksparks zusammengefunden, um den aus unserem Gau scheidenden Kollegen Wender-Magdeburg auszuführen. In seinem Referate gab derselbe ein Bild dessen, wie notwendig ein immer engerer Zusammenhalt der Berufslogen und Kollegen im Angesichte des organisierten Unternehmertums sei.

Reicher Beifall lohnte seine trefflichen und hadernden Ausführungen. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution, wonach die Versammelten versprochen, alles daran zu setzen, um den wachsenden Ausbeutungssystemen einen Damm entgegenzusetzen, feind einstimmige Annahme. Nachdem der Vorsitzende noch in dringender Weise zur Beteiligung an den bevorstehenden Gewerbegerichts- und Stadtverordnetenwahlen aufgefordert und den Anwesenden nochmals ans Herz legte, das Geschwänd und Geschöle anzuzugreifen, damit auch in Halle die Reihen der Kollegen immer dichter würden, schloß derselbe die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Wesentlich. In der letzten Mitgliederversammlung gab stolze Bawitt den Marktbericht. Hierauf sprach Genosse Nänch über die Entwicklung der Konsumvereine und ermahnte die Kollegen, samt und sonders Mitglied der Genossenschaft zu werden. Beschlossen wurde, in Zukunft 35 Pf. Beitrag pro Woche zu zahlen und dafür alle Extrawarten fallen zu lassen. Nächste Versammlung am 24. September.

Birmans. Unsere am Sonntag, den 8. September abgehaltene Versammlung war nicht zum besten besetzt. In Anbetracht des schönen Wetters und der Arbeit am Sonntag für viele Kollegen ist der schlechte Besuch erklärlich, obgleich immerhin mehr Kollegen anwesend hätten sein können. Es scheint, als wenn die Kollegen nach Aufschluß unserer Tarifverträge nunmehr alles erreicht haben, was sie wollen, daher die Versammlungen nicht mehr besuchen brauchen. — Das darf allerdings nicht einreden, denn dann werden unsere Unternehmer bald bei der Hand sein, das Ertragnis nicht mehr zu bezahlen. Kollegen, so weit darf es nicht kommen, denn dann wäre unsere Arbeit umsonst gewesen. Darum beschloß am nächsten Samstag die Versammlung bei Weinmann recht zahlreich. Wir gehen den Wintermonaten entgegen, das Vereinsleben muß nunmehr wieder lebhaft werden.

Verantwortl. Redakteur: R. Brühse, Rummelsburg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmit, Berlin, Adalbertstr. 37.